

Annoncen-
Annahme-Bureaus.
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Willygelsbach, 17)
bei C. H. Ulrich & Co.
Breitestraße 14,
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei F. Streisand,
in Lübeck bei Ph. Matthias

Linno...cen-
 Annahme-Bureaus.
 In Berlin, Breslau,
 Dresden, Frankfurt a. M.,
 Hamburg, Leipzig, München,
 Stettin, Stuttgart, Wien:
 bei G. L. Daube & Co.,
 Haasenstein & Vogler,
 Rudolph Mosse.
 In Berlin, Dresden, Görlitz,
 beim „Invalidendank“.

Mr. 829.

Mittwoch, 26. November.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Bösen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

1879.

v. H. Konstitutionelle Monarchie auf aristokratischer Grundlage.

Das preußische Verfassungsrecht ist weder ein sehr altes, noch auch im vollen Sinne des Wortes ein allmälig gewordenes, und darum auch kein von allen Parteien mit gleicher Liebe umfasstes, sondern gewisser Maßen ein neues Staatsrecht; und wer da glaubt, daß alle Staatsbürger sich mit demselben ganz und gar ausgesöhnt hätten, wird kaum den Schein einer gewissen Leichtgläubigkeit von sich abweisen können, oder gar es sich gefallen lassen müssen, für einen Mann gehalten zu werden, der in Zeiten innerer Kämpfe nach einer Beruhigungs-, oder wenn man will, nach einer Vertuschungsformel gesucht habe, welche in Wirklichkeit vorhandene Gefahren verdecken soll. Unsere Verfassung stammt zwar, und das bitten wir ja nicht übersehen zu wollen, nicht aus dem Jahre 1850 oder gar aus dem Jahre 1848, dem Jahre des politischen Krachs, es klebt ihr also nicht der Makel der revolutionären Geburt an, sie stammt vielmehr aus dem Jahre 1821, in dem Friedrich Wilhelm III. das preußische Staatschuldenbuch ein für allemal schloß und gesetzlich und konstitutionsmäßig festsetzte, daß neue Staatschulden künftighin nur mit Genehmigung von zu kreirenden Reichsständen, welche in den Jahren der Erhebung und der Neugestaltung des Staates versprochen worden, kontrahirt werden sollten. Das früher gegebene königliche Versprechen war somit in der Hauptzache gelöst, und wenn die Restaurationspolitik 1823 nur Provinzialstände schuf und die Verlegenheit von 1838, das neu in die Erscheinung getretene Eisenbahnwesen ganz der Privatthätigkeit überlassen zu müssen, keinen Wandel schuf, wenn sogar 1847 zu dem Nothbehelfe des vereinigten Landtags geschritten wurde, dem man erst im Nothmonate von 1848 die kurz vorher scharf abgelehnte periodische Wiederkehr zugestand, so ergiebt sich doch aus allem diesem, daß unser Verfassungsrecht nicht revolutionäres Recht ist, obgleich gewaltige Zukungen über die frühere ständische Vertretung hinweggeholfen und zu einer allgemeinen Volksvertretung hingeführt haben.

Die Aufhebung der ständischen Vertretung, gegenüber der in jeder wahren Konstitution zu fordern den allgemeinen Volksvertretung, wurde sofort tief empfunden, und die sogenannte Landrathsammer setzte es durch, daß sogar die Namenserinnerung an parlamentarische Sitte ausgemerzt wurde. Unsere Vertretungskörper in Berlin erhielten die Namen des Landtags der preußischen Monarchie, des Herrenhauses und des Hauses der Abgeordneten. Die ferneren Zeiten waren solchen und anderen Reaktionen nach dieser Seite hin nicht günstig: die Regentschaft, die neue Ära, wie die „Kreuzzeitung“ zu sagen beliebt, die Konfliktszeit, die darauf folgenden Kriege mit ihren wundergleichen Ergebnissen auch für das innere Staatsleben ließen viele oder vielmehr alle Gegner des neuen Konstitutionalismus verstummen, schufen ohne Widerstand Staatseinrichtungen und Gesetze, die einen Bruch mit den alten Traditionen voll und ganz vollzogen, und ließen das, was wir wirklich und in Wahrheit Verfassungsleben nennen, mehr und mehr sich befestigen und in unsere politischen Lebensgewohnheiten einführen. Aber dreißig Jahre sind in der Entwicklung eines Volkes eine sehr, eine überaus kurze Zeit, ganz dazu angethan, die Erinnerung der Alten an alte Macht und Herrlichkeit nicht abzuschwächen, leider aber geeignet genug, in dem jüngeren Geschlechte die Mahnung durch alte schwere und allseitig bekämpfte Schäden zu verlöschen, weil es dieselben nur aus entfernter Hand kennt, und damit sind denn neue Angriffe auf schon fest Geglubtes und dauerhaft Errungenes von selbst gegeben. Wir hören heute freilich nicht mehr, daß ländliche Wähler den König oder den Prinzen Friedrich Carl zu ihrem Abgeordneten bestellt, und die „Kreuzzeitung“ verschont uns mit Cynismen wie ihre berüchtigten zwei Verfassungsparagraphen „Der König befiehlt, das Volk gehorcht“, aber die neuen Wahlkämpfe belehren uns denn doch, daß dieselben Stellen, an denen man ehedem für ein ständisches Regiment oder für ein strammes durch keine Verfassung eingeschränktes Königthum schwärzte, heute den alten Weisen nur einen neuen Text unterlegen, indem sie den Liberalismus als den Ursprung alles Nebels denunzieren und ihn namentlich bezichtigen, daß er die Regierung behindere in mehrhaft volksbegeisterte Bahnen einzulenken.

Adel und Geistlichkeit waren früher die weltbeherrschenden Stände. In Preußen traten ihnen Militär und Bureaucratie zur Seite, und wenn es auch wahr ist, daß die beiden letzten Berufsstände in etwas die ersten herabgedrückt und sich zum Theil eine weit höhere und mächtigere Stellung als jene erworben haben, so hat es doch niemals an einigenden Interessen gefehlt, und wir pflegen diese Kreise als die aristokratischen zu bezeichnen, um sie in einen Gegensatz zu den bürgerlichen, wesentlich gewerbetreibenden und arbeitenden Klassen zu setzen besonders dann, wenn wir von Verfassung und von Verfassungskämpfen zu reden haben. Diese so definirten aristokratischen Kreise sind der konstitutionellen Monarchie wenig hold gewesen, weil sie es gewissermaßen instinktartig herausfühlten, daß das umumschränkte

Könighum sie nicht entbehren könne und daß sie selbst sich im Glanze des Könighums zu sonnen vermöchten. Zur Zeit ist man freilich auch in diesen Kreisen überzeugt, daß man der konstitutionellen Staatsform nicht mehr entrathen kann, aber man erstrebt eine Verfassung, die zumeist für sie selbst sich ausgiebig erweist, wenn das auch mehr durch Verwaltungsmaximen als durch Gesetze zu Stande gebracht werden kann.

Es ist eben das alte Spiel, das so oft mit Glück wiederholt wird. Als die Juden gegen die Priorität des Stammes Levi ankämpften und einen König wie andere Völker verlangten, da wählte Samuel einen König, der seinem Stämme unschädlich zu sein schien, und abermals einen andern, als der erste sich allzu sehr erinnerte, daß er das Volk Israel um eines Hauptes Länge überrage. Dem Ultramontanen ist die Pressefreiheit ein Greuel, das hindert ihn aber nicht, sie bei gegebener Gelegenheit in ernsten Gebrauch zu nehmen, freilich mit der Reservation, sie andern nicht zu gewähren und diese mit dem Index der verbotenen Bücher abzuspeisen. Der orthodoxe Protestant kämpft gegen den Papst um Gewissensfreiheit, aber des lektern Infallibilität leuchtet ihm so herrlich entgegen, daß er dieselbe ebenso wie jener für sich in Anspruch nimmt und alle Andersdenkenden mit dem Anathema belegt.

Wozu noch weitere Beispiele? Man wird uns verstehen, wenn wir aus diesen und ähnlichen Erwägungen, die wir nur aphoristisch andeuten könnten, zu dem Schluße kommen, daß wir eine konstitutionelle Monarchie auf aristokratischer Grundlage nicht nur nicht für wünschenswerth erachten können, sondern auch mit aller Macht, die Überzeugungstreue und Einsicht in historische Entwickelungen geben, jetzt und immerdar bekämpfen müssen. Und das vorzugsweise aus einem Grunde. Eine solche Grundlage beruht auf egoistischen Trieben, und diese führen zu einem gegenseitigen Geben und Gewähren, welche jede Verantwortlichkeit jedweder Staatslenker unmöglich machen und eine Politik von Fall zu Fall inauguriren, an der das Wohl des Staates schließlich zu Grunde gehen muß.

Wir sind nicht im Mindesten zweifelhaft, daß wir dieser aristokatischen Grundlage die rechte Definition gegeben haben, da an eine geistige Aristokratie an dieser Stelle wohl schwerlich gedacht werden kann. Letzterer tritt die historische Entwicklung entgegen und außerdem die psychologische Thatsache, daß der geistige Aristokrat wohl zu herrschenden geneigt ist, aber niemals zu eigenem Zwecke und ohne jemals zu vergessen, daß die Menschenwürde eine allgemeine ist, und daß allen Menschen Gleicher gebührt, gleiches Recht wie gleiches Licht und gleiche Luft. Nach einer andern Seite haben unsere bisherigen parlamentarischen Vertretungen eine Fülle von Wissen, Kenntnissen, von praktischer Tüchtigkeit, von Adel der Gesinnung und resignirter Arbeit nachgewiesen, daß sie sich die achtungsvolle Bewunderung des Auslandes erworben: ihnen, die unsere Aristokratie des Geistes vertreten, konnte an diesem Orte nur jene Aristokratie gegenübergestellt werden, die wir oben näher gekennzeichnet haben. So wahr es aber ist, daß nicht alle Parteien in unserem Vaterlande mit unserem Verfassungsleben ausgesöhnt sind, ebenso wahr ist es, daß die gedeihliche Entwicklung dieses Verfassungslebens nur in liberalem Sinne erfolgen kann: es wird mäßig fort schreiten bis dahin, wo Niemand mehr begreifen wird, daß es einmal hat anders sein können.

St. C. Die Preise für Getreide und Nahrungsmittel in Preußen während des Monates Oktober 1879 und der Werth der Ernte des Jahres 1879 nach den Oktoberpreisen.

Die seit dem Mai 1877 bis zum Februar dieses Jahres fast ununterbrochen rückläufige Bewegung der Getreidepreise, die einen Abfall des Preises für je 100 Kg. beim Weizen von 25,5 M. auf 17,5 M., beim Roggen von 19,8 auf 12,9 M., bei der Gerste von 17,7 M. auf 14,0 M. und beim Hafer von 17,4 auf 12,3 M. zur Folge gehabt, hat seit dem März dieses Jahres eine stets steigende Richtung eingeschlagen. Nach den für den ganzen Staat berechneten Durchschnittspreisen wurde Weizen im Oktober um 3,4 M., Roggen um 3,3 M., Gerste um 1,8 M. und Hafer um 1,2 M. pro 100 Kg. theurer bezahlt als im März dieses Jahres. Die Hülsenfrüchte haben für den gleichen Zeitraum ebenfalls einen Preisaufschlag erfahren, der für 100 Kg. bei den Erbsen 1,7 M., den Speisbohnen 0,8 M. und den Linsen 2,7 M. beträgt; 100 Kg. Kartoffeln standen im Oktober 1879 0,95 M., Heu 0,7 M. und Stroh 0,65 M. höher im Preise als im Oktober 1878.

Es wurden nämlich im Monat Oktober 1879 Durchschnittspreise gezahlt:

in den Provinzen	für 100 Kilo gramm								für 1 Kilo gramm								für 100 Kilo gramm									
	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer	Erbse	Speisbohnen	Linsen	Kartoffeln	Stroh	Heu	Rindfleisch	Schweinefleisch	Kalbfleisch	Hammelfleisch	Speck	Butter	Schweineschmalz	Eier	Wheat flour	Rye flour	Javareis	mittler Javakaffee	gelber Javakaffee in gebr. Bohnen)			
	M a r t								P f e n i g e								G e b o d									
	Direkten	205	151	134	121	160	—	54	32,5	41	96	98	83	148	189	156	287	35	26	56	281	352				
	Niederschlesien	205	148	140	139	143	245	600	42	36	49	97	104	96	159	192	147	261	37	27	67	283	364			
	Brandenburg	205	158	153	142	236	299	533	47,5	40	50	111	107	97	106	173	210	168	324	37	27	57	265	346		
	Bremen	212	148	131	184	355	411	48	41,5	44	104	113	86	98	165	212	171	303	38	28	54	276	354			
	Westfalen	208	156	141	135	159	227	368	35,5	34,5	45	100	103	95	97	175	198	181	251	39	28	66	280	354		
	Sachsen	202	165	149	122	204	243	347	53,5	30,5	52,5	96	104	88	98	190	183	176	275	37	29	58	289	369		
	Schlesien	210	170	175	146	236	253	322	63	45	68,5	120	119	95	112	170	247	172	358	39	28	59	292	374		
	Mecklenburg-Schwerin	218	158	140	204	327	415	96,5	55,5	70	136	115	128	114	142	211	254	254	37	29	57	275	357			
	Hannover	210	164	134	238	308	324	74	47	52	127	118	110	106	156	214	215	359	38	29	53	260	344			
	Westfalen	217	156	159	143	223	258	297	72	48,5	55	123	122	104	108	134	183	148	337	38	29	52	254	335		
	Bayern-Nürnberg	221	172	168	139	265	283	358	62,5	41	42,5	128	132	105	117	179	216	144	398	47	30	57	264	331		
	Rheinland	233	174	178	145	277	291	372	80,5	52	65,5	131	137	117	130	155	224	161	441	43	32	58	268	339		
im Staat, D. 1879	213	163	158	137	221	280	360	62	42,5	49	115	116	101	108	165	212	164	338	39	29	58	275	353			
" " " 1878	182	163	158	137	216	281	344	52,5	36	49	118	122	103	110	176	217	174	340	36	27	58	282	357			

Während hiernach die Preise der sämmtlichen Körner- und Hülsenfrüchte innerhalb des Zeitraums vom Oktober 1878 bis Ende Oktober 1879, mit Ausnahme der Speisebohnen, eine mehr oder weniger erhebliche Preissteigerung erfahren haben, zeigen seltsamerweise die Markt- und Ladenpreise für Fleisch, Speck, Butter und Schmalz noch einen Rückgang, der unter Anderem für das gesammte Staatsgebiet pro Kilogramm Rindfleisch 3 Pf., Schweinefleisch 6 Pf., Kalb- und Hammelfleisch 2 Pf. beträgt.

Bei der Wichtigkeit der Preisbewegung der nothwendigsten Nahrungsmittel für jeden Bewohner des Staates dürfte eine Rückschau auf den Preiseverlauf in den einzelnen Monaten des mit Oktober abgeschlossenen Jahres von allgemeinem Interesse sein. Es wurden bezahlt für je 100 kg:

		Wei-	Rog-	Gerste	Hafer	Erb-	Speise-	Lin-	Kar-
		zen	gen			sen	bohnen	sen	töffeln
im Staate im					in $\frac{1}{10}$	Mark			
Oktober	1879	213	163	158	137	221	280	360	62
September	=	201	147	152	136	214	272	351	59,5
August	=	203	144	146	143	213	271	338	61
Juli	=	197	141	143	140	210	270	334	73
Juni	=	193	137	142	137	209	268	334	69
Mai	=	191	136	143	134	208	271	333	64,5
April	=	182	131	141	129	207	270	332	57
März	=	179	130	140	125	204	272	333	56
Februar	=	175	129	140	123	206	374	334	55,5
Januar	=	176	130	141	124	208	274	336	55
Dezember	1878	178	132	142	126	207	276	339	53,5
November	=	181	135	144	128	211	277	339	53
Oktober	=	182	135	146	129	216	281	344	52,5

Die Frage liegt nahe: „Welche Bedeutung hat dieser Preisauftgang für unsere Landwirtschaft?“ Wir sind im Stande, diese Frage, wenn auch nicht ganz genau, so doch einigermaßen zutreffend zu beantworten.

Unter Zugrundelegung der vorläufigen Ergebnisse der im Jahre 1878 vorgenommenen Ermittelung der landwirtschaftlichen Bodenbenutzung, ferner des Ernte-Ertrags und der Preise der Haupt-Fruchtarten (Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Kartoffeln und Heu) im Oktober 1878 berechnet sich der Gesamtwert der Ernte des Jahres 1878 in diesen Früchten

(Rörner ohne Stroh) auf 3,326,262,235 M. Nach der im Jahre 1879 vorgenommenen Errichtung der Ernte-Aussichten und den festgestellten Durchschnittspreisen des Monats Oktober 1879 würde sich der Gesamtwert der nämlichen im Jahre 1879 geernteten Früchte, trotz des geringeren Extrags gegen 1878, auf 3,489,402,370 M. gegen 3,326,262,235 Mark im Jahre 1878 belaufen, wie die folgenden Zahlen des Nächsten darthun:

Haupt- Fruchtarten.	Ertrag pro Hektar Rq.	Preis des Er- trags 100kg. p. Hekt. Mark.	Wert des Ertrags Mit den Haupt- Fruchtarten im Oktobe- r (nach bestellte Fläche)	Wert der auf der bestellten Fläche geernteten Haupt- Fruchtarten (ohne Stroh) Mark.
Weizen . .	1878 1879	1 694 1 524	18,20 21,30	308 325
Roggen . .	1878 1879	1 238 1 178	13,50 16,30	167 192
Gerste . .	1878 1879	1 664 1 421	14,60 15,80	243 225
Hasen . .	1878 1879	1 506 1 398	12,90 13,70	194 192
Kartoffeln .	1878	9 699	5,25	509
Heu . .	1878 1879	3 782 3 375	4,90 5,60	185 189
			Zusammen	3 326 262 235
				3 489 402 370

Wir wiederholen, daß Dies nur Annäherungswerte sind. Die Ernteausichts-Zahlen, die Anfang August d. J. ermittelt wurden, dürften in vielen Kreisen eine Herabsetzung erfahren, und auch die der Rechnung zu Grunde gelegten Staats-Durchschnittspreise ändern sich ein wenig, wenn man sie nicht einfach als arithmetische Mittel aus den Provinzial-Durchschnittspreisen ansieht, sondern sie aus den Provinzial-Erntemengen und den Provinzialpreisen berechnet. Das ist hier noch nicht geschehen, sondern bleibt bis dahin vorbehalten, wo die Provinzial-Erntemengen des Jahres 1879 nach den Erdrutschresultaten erhoben und festgestellt sein werden, eine Erhebung, die in der zweiten Hälfte des Februar 1880 stattfinden soll. Immerhin lassen obige Annäherungswerte schon jetzt erkennen, daß die Verhältnisse der preußischen und wohl auch der deutschen Landwirtschaft auf dem Wege der Besserung sind insofern, als die Preise nun hoffentlich bald wieder nicht blos die Produktionskosten der Landwirtschaft decken, sondern ihr auch noch einen Gewinn übrig lassen.

Deutschland.

+ Berlin, 24. November. [Bedenken gegen das Feld- und Forstpolizeigesetz. Aus der Eisenbahnkommission.] Leider sind auch bei der Vorprüfung in der Kommission die schweren Härten, die der Entwurf des Feld- und Forstpolizeigesetzes enthält, wie es uns scheint, nicht genügend empfunden worden. Während die Einen in dem Gesetzentwurf Anschauungen über Recht und Eigentumsbefugnisse

finden, wie sie, nach ihrer Auffassung, dem Volksbewußtsein fremd und bisher wohl in keinem Geseze mit solcher Schärfe angewandt sind, glauben die Anderen gerade durch diese Bestimmungen die rechte Bekräftigung des wahren Eigenthums zu erlangen. Ihr Grundeigenthum soll erst dann das rechte Eigenthum sein, wenn, ohne Rücksicht auf dessen Nutzbarkeit, und darauf, ob demselben in irgend einer Weise Schaden zugefügt werde, die reine Willkür den Eigentümern berechtige, Gedanken, der sein unumfriedigtes Grundstück unbefugt betritt, davon fortzuweisen. Die dem Gesetzentwurf beigegebenen Regierungsmotive rechtfertigen die Bestrafung dessen, der solcher Fortweisung keine Folge leistet, mit den Bestimmungen über den Hausfriedensbruch. Gleichsam wie ein Pendant zu diesem Hausfriedensbruch, welcher das Eigenthum der umfriedigten Grundstücke schützt, sollen nun auch durch dies neue Gesetz die nicht umfriedigten Grundstücke geschützt werden. Möchte man dabei doch erwägen, daß der Hausfriedensbruch bestimmt ist, den Frieden der Bewohner, mithin ihre Personen, und nicht ihr Eigenthum zu schützen, und möchte man doch auch überlegen, wie dadurch, daß der nackten Willkür des Eigenthumsgebrauchs ein besonderer Gesetzeschutz durch Strafbestimmungen verliehen wird, die sozialen Gegensätze so sehr sich verschärfen, wie bisher, wenigstens auf gefährlichem Gebiete, noch garnicht dagewesen ist. Wo liegt denn das fittliche Berechtigende des Eigenthums? Sicherlich nicht darin, daß auf Grund der reinen Privatwillkür die menschliche Gesellschaft überall von der Erdoberfläche hinweg auf die öffentlichen Straßen und Plätze verwiesen und dem Menschen der Anspruch abgeschnitten wird, die Schönheit der Natur da, wo sie sind, und wo er sie, ohne irgend den Besitzer des betreffenden Grundstücks zu beschädigen, genießen kann, zu sehen und zu empfinden. Und wie ist man berechtigt, bei Gelegenheit eines Polizeigesetzes, Grundsätze in das Recht einzuführen, welche bisher dem Volksbewußtsein fremd waren und sehr berechtigte Interessen empfindlich verleihen: den Idealismus des Volks, die Freude an der schönen Natur und die damit zusammenhängende Liebe zur Heimat, das Recht der Naturwissenschaft Materialien für ihre Forschungen, wo sie die selben, ohne den Grundbesitzer zu beschädigen, gewinnen kann, zu sammeln. Und was soll den Vertretern des Entwurfs diese neue Gesetzesbestimmung, bei Lichte betrachtet, Großes helfen? Gedrehter Fall, durch welchen ein Schaden zugefügt werden kann, ist durch andere Bestimmungen des vorliegenden Gesetzentwurfs in Verbindung mit den geltend bleibenden feld- und forstpolizeilichen Verordnungen des Strafgesetzbuchs mit empfindlichen Strafen bedroht. Es ist auch unzweifelhaft Rechtes, daß der Besitzer in jedem Falle, wo ihm Schaden droht, zur Verhütung des Schadens den unbefugten von seinem Grundstück fortweisen, daß er entsprechenden Fällen dabei sogar Gewalt anwenden kann, und daß der Umstand, daß der Zumiderhandelnde der Aufforderung des Berechtigten keine Folge leistete, zur Strafverjährung gereichen muß. Die Erfahrungen, die die gerichtliche Praxis mit dem Hausfriedensbruch gemacht hat, sprechen nicht für die Einführung des Feldfriedensbruchs. Es ist im Publikum hinlänglich bekannt, daß auf diesem Gebiete der angeblich Verlebte gute Gelegenheit hat, Gehässigkeiten auszuüben. Sehr häufig liegt die Veranlassung zu dem Vergehen in der brüsken Weise, mit der dem Angeklagten die Türe gewiesen wurde. Es ist nicht zu bezweifeln, daß ähnliche Verhältnisse auch beim Feldfriedens-

bruch, und hier noch in verstärkterem Maße eintreten, da die Aufforderung, fortzugehen, wo man doch nicht einfiebt, daß man Schaden anrichtet, und wo man in sehr vielen Fällen von dem Auffordernden nicht mit Sicherheit wissen wird, ob er der Eigentümer wirklich sei, weit mehr als beim Aufenthalt in einer fremden Wohnung, zum Widerspruch, ja zum thätlichen Widerstande gegen Gewalt anregen wird. Welche Masse aufreibender Prozesse würde hieraus entstehen! — Die Eisenbahnkommission (die betreffende telegraphische Meldung ist in unserem Spezialtelegramm der letzten Morgennummer in einzelnen Theilen unverständlich, daher lassen wir dem Korrespondenten nochmals das Wort zur Sache. D. Red.) berieb heute über die Bahn Hannover-Altenbeken. Der Referent v. Hüne findet den zu zahlenden Preis viel zu hoch. Der Staat habe zunächst zu übernehmen 40 Millionen Prioritäten. Der Nettoüberschuß des Unternehmens reiche bekanntlich noch lange nicht hin, auch nur diese Prioritäten zu verzinsen, so daß der Staat als Garantieleister un' die Magdeburg-Halberstädter Bahn zuschieben müßten. Wie könne man unter diesen Umständen noch stark 8½ Mill. für die in der That wertlosen Aktien offeriren. Es sei ihm unverständlich, wie man den Stammaktienbesitzern irgend etwas geben könne, wenn nicht die Stammprioritätsaktien voll entschädigt würden. Die H. A. Gesellschaft habe sogar außer ihrer Prioritätsschuld eine schwedende Schuld bei der Magdeburg-Halberstädter Gesellschaft. Die Rechtsfrage will Referent nicht erörtern, da er nicht Jurist sei; er weiß aber die für die Aktionäre von H. A. geltend gemachten Billigkeitsgründe zurück. Nach alledem kommt Referent dazu, sich gegen den Ankauf von H. A. auszusprechen. Der Regierungskommissar nimmt den baulichen Zustand der Bahn gegen die dagegen erhobenen Vorwürfe in Schutz. Gegenüber der schwedenden Schuld von 1,700,000 Mark ständen noch über 4 Mill. Mark ungegebene Prioritäten; die disponiblen Grundstücke der H. A. Bahn in Hannover seien zum Theil recht wertvoll. Die Strousberg'schen Forderungen seien ganz ungemäßig substantiert, so daß sie irgend welche Aussicht auf Anerkennung kaum hätten. 300,000 Mark ständen immerhin noch als Kompensationsobjekt dem Staat zur Verfügung, wenn es zu einem Konflikt mit Dr. Strousberg komme. Die Staatsregierung sei ursprünglich der Hoffnung gewesen, sie könne den Ankauf von H. A. vermeiden. Die H. A. Bahn habe aber von ihrem Rechte aus dem Vertrage mit der Magdeburg-Halberstädter Gesellschaft Gebrauch machend, so unerschwingliche Ansprüche erhoben, daß man den Ankauf zu einigermaßen billigen Bedingungen als die relativ günstigste Alternative wählen müßte. Die jetzigen Preise seien die für den Staat günstigsten gewesen, die sich nach langen Verhandlungen mit der H. A. Gesellschaft hätten erreichen lassen. Einen Nutzungswert habe das H. A. Unternehmen z. B. allerdings noch nicht, derjelbe könne aber später recht wohl eintreten, jedenfalls aber recht fertige sich die Zahlung eines höheren Preises als der sich aus der jetzigen Rente berechnende, weil der Staat durch den Ankauf das Dispositionsrecht über die Bahn gewinne. Wenn die H. A. Gesellschaft den Betrieb wieder selbst in die Hand nehme, so würde sich die Sache, ganz abgesehen von der Gefahr, durch Rechtspruch zur Zahlung einer Entschädigung an die H. A. Gesellschaft gezwungen zu werden, für den Staat höchst bedenklich gestalten, und zwar auch finanziell. Fast allseitig war man in der Kommission der Ansicht, daß man den

August Gladisch.*)

Am 16. Novbr. d. J. erlosch ein stilles Gelehrtenleben, das ein halbes Jahrhundert hindurch unter erschwerenden Verhältnissen und langem Siechthum der Lösung einer wissenschaftlichen Aufgabe geweiht war, welche dem Markte des Lebens fern und der äußeren Anerkennung haarr, den unermüdlichen Forscher immer wieder begeisterte, weil sie die höchsten Probleme der Menschheit berührte.

Professor A. Gladisch hatte nach Niederlegung seines Amtes als Gymnasial-Direktor Berlin zum Aufenthalt gewählt, wo ihm die Mittel zur Fortsetzung seiner Arbeiten zur Hand waren. Der 75jährige Greis hielt fast noch bis zum letzten Athemzuge die Feder, mit welcher er eine Reihe gelehrter Monographien über die Religionen der alten morgenländischen Kulturvölker und über die griechischen Philosophen niedergeschrieben hatte. Mit ihm ist ein Schatz umfassender Gelehrsamkeit auf diesen Gebieten zu Grabe gegangen, zugleich ein christlicher Philosoph und edler Charakter im vollen Sinne des Wortes.

Von seinen letzten Arbeiten ist die historische Untersuchung: „Über die egyptische Entstaltung des Pythagoras“ soeben im „Philologus“ (XXXIX., Bd. 1) erschienen; eine umfassende kritische Abhandlung über die Darstellung der „vorsoziatischen Philosophie“ in unseren Lehrbüchern war noch im Druck, als der Verfasser die Augen schloß. Beide Arbeiten befunden, mit wie seltener Geistesstärke Gladisch noch im hohen Alter begabt war.

In der letztdachten Schrift verfolgt er den Zweck, die insbesondere durch Hegel veranlaßte, unrichtige Darstellung der vorsoziatischen Philosophie, in welcher Gladisch durch seine Monographien die Wiederkehr des idealen Gehalts der Religionen der alten Kulturvölker nachgewiesen hat, aus den Quellen richtig zu stellen. Diese Arbeit, mit der Gladisch seine wissenschaftliche Lebensaufgabe schloß, weist zugleich auf deren Ausgangspunkt zurück.

Er befand sich nämlich unter den Zuhörern Karl Ritter's und Hegel's, als beide auf dem Höhepunkt ihres wissenschaftlichen Wirkens standen. Der große Geograph hatte sich selbst die Aufgabe gestellt: Die Antriebe der äußeren Naturverhältnisse auf den Entwicklungsgang der Menschheit in größere Klarheit zu setzen. Er hatte zugleich darauf hingewiesen, daß ein

anderes Gebiet für diesen Entwicklungsgang zur vergleichenden Untersuchung übrig bleibe, das der inneren Antriebe der vom Aeußern unabhängigen rein geistigen Natur des Menschen.

Hegel schien diese Aufgabe in seinen Vorlesungen über die Philosophie der Weltgeschichte aufzunehmen.

Allein so großartig und erhebend der Gedanke dieser neuen Wissenschaft für Gladisch war, es widerstrebt ihm Hegel's Methode, welche die verschiedenen weltgeschichtlichen Völker, insbesondere diejenigen des alten Morgenlandes, in logische Formen zwang, und der Geschichte die Dialektik des Hegel'schen Systems aufsprägte. Er fand dieselbe Methode auch in Hegel's Behandlung der Geschichte der alten Philosophie.

Dem jungen Gelehrten schien aber die Philosophie der Geschichte der Menschheit lediglich die Aufgabe haben zu müssen: Das eigentlich Denken und Erkennen eines Volkes, wie es sich in seiner religiösen und sittlichen Entwicklung fundiert, empirisch aufzusuchen und aus den objektiven Ergebnissen dieser Untersuchung den Prozeß der Weltgeschichte darzustellen.

Nach dieser Richtung hin stellte sich Gladisch seine wissenschaftliche Lebensaufgabe. Er ging an das urkundliche Studium der Religionen und Philosophien der alten Völker und fand in der Thatssache, daß die religiösen Anschauungen der fünf alten Kulturvölker des Morgenlandes, der alten Chinesen, Inder, Perse, Ägypter und Israeliten in der hellenischen Kulturstadt als Elemente des religiösen und philosophischen Bewußtseins wiederkehren, die Bestätigung des weltgeschichtlichen Entwicklungsprozesses der Menschheit auf dem Wege zur sittlichen Vervollkommenung und zur ewigen Wahrheit.

Auf der Grundlage der Monographien: „Die alten Chinesen und die Pythagoräer“; „Die Griechen und die Inder“; „Heraclitus und Zoroaster“; „Empedokles und die Ägypter“; „Anaxagoras und die Israeliten“; führte Gladisch zugleich die Untersuchung über die Bedeutung der Philosophie im Völkerleben und ihr Verhältnis zu der religiösen Volksanschauung, welche den eigentlichen Kern des Volkslebens bildet. Diese Untersuchung ist in seiner Schrift: „Die Religion und die Philosophie in ihrer weltgeschichtlichen Stellung zu einander“ bis auf die christliche Welt fortgesetzt.

Die Auffassung des Verfassers charakterisiert die folgende Parallele: „Heraclitus war fest davon überzeugt, daß er mit seiner Philosophie weit über der religiösen Erkenntnis des hellenischen Volkes stehe, und sah mit Verachtung auf dessen Kultus herab. In einer uns überlieferten Stelle seines Werkes ließ er sich

darüber also aus: „Und zu diesen Bildern beten sie! wie wenn Einer mit den Häusern redete!“

Rum war aber Heraclitus' Standpunkt ein niedrigerer auf welchem seiner philosophischen Einsicht der wahre innere Gehalt der hellenischen Religion noch verschlossen blieb. Er war nach dem Zeugnis des Aristoteles noch in dem kosmogonischen Problem der ionischen Philosophie besangen und lehrte in Auseinandersetzung mit Zoroaster, daß die Welt schöpfung hervorgegangen sei aus einer Entzweigung des Urwesens mit sich selbst; daß der Gegensatz des Guten und Bösen, der Streit, der Vater aller Dinge sei. Diese Philosophie entsprach der religiösen Weltanschauung der Perier und Meder, welche weit unter derjenigen des hellenischen Volkes stand. Heraclitus erkannte nicht, daß es die Idee des ewig Wahrs, ewig Guten, ewig Schönen war, welche in der Form des Bilderdienstes der Religion der Hellenen zu Grunde lag, die ja nie aufgehört haben, den unbekannten, unsichtbaren Gott ihrer Vorfahren in stillen Hainen anzubeten, und ihm Altäre zu errichten.

„Das Beispiel Heraclitus', sagt Gladisch, „sollte allen Denjenigen zur Warnung dienen, welche jetzt bei uns aus ihrer Philosophie mit gleicher Überhebung auf den christlichen Kultus herabsehen!“ Sie vertreten in dieser Überhebung mit ihrer Philosophie einen Standpunkt, welchen das christliche Bewußtsein auf seinem religiösen Grunde bereits überwunden hat, während die Philosophie in der christlichen Welt erst, wenn sie ihr eigentliches Endziel erreicht, aus eigener klarer Erkenntnis verkünden wird, was ihr jetzt vergleichbar der große Apostel und die Erfahrung lehren: „Einen anderen Grund kann Niemand legen außer dem, der gelegt ist, welcher ist Jesus Christus.“

August Gladisch hatte auch katholische Theologie studirt und es schwankte in ihm einen Augenblick der Entschluß, Missionär zu werden, um im fernen asiatischen Osten das Kulturleben der alten Völker, namentlich der Chinesen für seine wissenschaftlichen Zwecke an Ort und Stelle zu studiren. Da seine Vermögensverhältnisse ihm nicht erlaubten, die akademische Laufbahn als Dozent zu verfolgen, nahm er zu Anfang der 30er Jahre die Lehrstelle für Geschichte, deutsche Literatur und philosophische Propädeutik am katholischen Gymnasium zu Posen an. Sein Unterricht wirkte in hohem Grade anregend und die Leutseligkeit und Offenheit seines Charakters gewann ihm das Zutrauen seiner Schüler, welche in weitaus überwiegender Zahl Polen waren, so sehr

* Geb. 28. August 1804 zu Altenhof, Provinz Posen, gest. 16. Novbr. 1879 zu Berlin.

Ankauf der S. A. Bahn nicht genehmigen würde, wenn man freie Hand hätte, wenn man nicht durch die zwischen Magdeburg und Halle bestehenden Beziehungen und durch die staatlichen Zinsgarantien in eine Zwangslage gebracht sei; wenn man auch zustimme, so geschehe dies nicht leichten Herzens. Die Schlussabstimmung ergab 13 Stimmen für, 8 gegen. Der Referent v. Hünne verzichtete, da er in der Minorität geblieben, auf das Referat im Plenum; an seine Stelle tritt der Abgeordnete v. Eynern.

— [Börsensteuergegesetzentwurf. Reichshauswirtschaft. Betriebsergebnisse der deutschen Eisenbahnen.] Wie verlautet, haben nunmehr die Verhandlungen über einen dem Reichstag vorzulegenden Gesetzentwurf, die Börsensteuer betreffend, innerhalb der beteiligten Verwaltungen begonnen, nachdem das preußische Staatsministerium sich in seiner neulichen Sitzung über die Stellung Preußens zu dieser Angelegenheit schlüssig gemacht hat. Trotz der erheblichen Schwierigkeiten, welche die besondere Natur der in Betracht kommenden Objekte einer zuverlässigen und nicht zu umgehenden feuernden Behandlung entgegengestellt, hofft man doch den Gesetzentwurf so zeitig fertig stellen zu können, daß derselbe nach Eröffnung des Reichstags diesem alsbald zugehen wird. — Die Arbeiten für den Reichshauswirtschaft auf 1880/81 sind in vollem Gange. Die Fertigstellung steht in so naher Aussicht, daß der Bundesrat gleich nach der Weihnachtspause in die Berathung der Vorlage eintreten kann. Nach der bis jetzt vorliegenden Aufstellung wird der Etat ein nur wenig verändertes Aussehen gegen seinen Vorgänger haben.

Die im Reichs-Eisenbahnamt aufgestellte Übersicht der Betriebs-Ergebnisse der deutschen Eisenbahnen für Oktober d. J. ergibt für die 88 Bahnen, welche auch schon im entsprechenden Monat des Vorjahres im Betriebe waren und zur Vergleichung gezogen werden konnten, folgende, theilweise auf provisorischer Ermitzung beruhende Daten: Die Einnahmen aus allen Verkehrsweichen waren im Oktober d. J. bei 45 Bahnen höher, bei 43 niedriger, die Einnahmen aus allen Verkehrsweichen vom 1. Januar bis 31. Oktbr. d. J. bei 40 Bahnen höher, bei 48 geringer als in dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahrs.

— Der Kronprinz hat am 17. d. Mts. den Schluffstein zu einer nach ihm zu benennenden Brücke bei Pegli eingefügt. Aus Anlaß der Feier gab die Municipalität der Stadt ein Bankett in der Villa Pallavicini, an dem der Kronprinz, die Kronprinzessin und die kronprinzlichen Kinder Theil nahmen. Den auf ihm ausgebrachten Toast beantwortete Se. Kaiserliche Hoheit italienisch mit den Worten: „Ich beschänke mich darauf, auf die Gesundheit des Bürgermeisters und der Einwohner von Pegli zu trinken.“

— Am 20. d. ist in Dresden das Mitglied des Herrenhauses Graf Karl Wolfgang v. Ballestrem, Majoratsherr auf Plawnowitz, Ruda und Biskipis, gestorben. Er war am 15. März 1801 zu Ratibor geboren und auf Präsentation des Verbandes des alten und befestigten Grundbesitzes im Landkreis Fürstenberg durch Allerhöchsten Erlass vom 24. November 1854 zum Herrenhausmitglied auf Lebenszeit berufen. Eingetreten war er in das Haus am 30. November 1854. Die ultramontane Gesinnung des Verstorbenen wurde vom Papste durch Verleihung des Großkreuzes des Gregorius-Ordens anerkannt. Nachzurühmen ist dem Hingeragangen ein großer Wohlthätigkeitsstift. Der Majoratserbe ist der Reichstagabgeordnete Graf Franz Ballestrem. Die Zentrumsfraktion, zu welcher der Entschlafene in den nächsten Beziehungen stand, hat einen Kranz für den Sarg des Verstorbenen gelegt, dessen Beisetzung in Biskipis bei Ruda stattfindet.

— Es sind kaum acht Tage seit der ersten Lesung des Schanksteuergesetzes vergangen und schon sind bereits aus allen Theilen des Landes mehr als 100 Petitionen, fast

ausnahmslos gegen die Annahme des Schanksteuergesetzes gerichtet, beim Bureau des Abgeordnetenhauses eingetroffen. Daß die Regierungsvorlage in ihrer jetzigen Fassung in der Kommission auf Annahme nicht zu rechnen hat, wird allseitig zugesagt, andererseits werden die großen Schwierigkeiten nicht verkannt, welche einer Änderung des Entwurfes, wodurch derselbe annehmbar gemacht wird, entgegenstehen.

— In den Kreisen der Abgeordneten aller Parteien wird die Frage der Garantieforderungen für die zu verstaatlichen Privatbahnen auf das Lebhafteste erörtert. Die Ansichten unter den Nationalliberalen und Konservativen gehen, wie mitgetheilt wird, nicht so weit auseinander, wie es den Anschein hat. Man ist davon durchdrungen, daß gesetzliche Bestimmungen getroffen werden müssen, um die durch das Staatseisenbahnsystem bedeutend vermehrten Schwankungen im Etat thunlichst zu vermeiden oder zu vermindern und zugleich zu einer Amortisation der Eisenbahnschulden zu gelangen, welche in etwa 60—70 Jahren zur Tilgung derselben führt. Die verschiedenen Wege zu diesem Ziele sind Gegenstand der Diskussion, laufen jedoch sämtlich darauf hinaus, daß über die Eisenbahnen eine besondere Rechnung geführt und die in dieser Rechnung bestimmten Leistungen von der Staatskasse übernommen werden müssen. Nur über die Modalitäten der Ausführung bestehen noch starke Meinungsverschiedenheiten. Bleiben die dem Staatseisenbahnsystem günstigen Parteien, wie bis jetzt anzunehmen, mit Entscheidheit auf dieser Forderung bestehen, so wird der Finanzminister um so weniger einen unbedugsamen Widerstand entgegensetzen, als gerade von seinem Standpunkte aus die wichtigsten Gründe für eine solche Einrichtung sprechen. Weniger schwierig erweist sich der Tariffrage. Man verlangt, daß wenigstens der „Normaltarif“ dem Landtag mitgetheilt, und daß über die Abweichungen der Landeseisenbahnrrath bzw. für den Direktionsbezirk der Lokaleisenbahnrrath gehört werde. Darüber, ob die Zustimmung oder nur die Anhörung der Eisenbahnräthe erforderlich sein soll, gehen die Ansichten noch auseinander. Die überwiegende Meinung scheint indes für das Letztere sich auszusprechen, um die Verantwortlichkeit des Ministers nicht zu berühren. — Die Eisenbahnkommission des Abgeordnetenhauses wird am Mittwoch die Frage der Garantien diskutiren. Man hofft bis dahin unter den Majoritätsfraktionen eine Einigung zu erzielen. Da sich das Zentrum ganz ablehnend verhalten will, so wird eine Mehrheit für die Eisenbahnvorlagen nur nach erfolgter Einigung unter den nationalliberalen Partei zu erzielen sein.

— In der gestrigen Sitzung der Gemeindeabgaben-Kommission wurde die Spezialberathung bis § 10 fortgesetzt.

Nach einer langen Debatte über § 7, ob es zweckmäßig und recht sei, die Wiedereinführung der Schlachtsteuer, da wo sie nicht mehr besteht, zu gestatten, wurde § 7 der Regierungsvorlage, betreffend die indirekten Gemeinde-Abgaben abgelehnt und dagegen das Amendment des Dr. Meyer Alinea 1 und 3 angenommen mit 12 gegen 8 Stimmen. Diese Alinea 1 und 3 lauten:

§ 7.

Hinsichtlich der Forterhebung oder neuen Einführung indirekter Gemeindeabgaben finden die Vorschriften in § 6, Absatz 2—4 gleichmäßig Anwendung, jedoch mit der Maßgabe, daß die Neueinführung der Schlacht- und Mahlsteuer und ähnlicher als Binnenzölle (octrois) wirkender Gemeindeabgaben unzulässig ist.

Wegen der Forterhebung der Schlachtsteuer als Gemeindeabgabe

lehrten, welcher seit Jahren das Zimmer hüten mußte, schon im letzten Sommer aufgesucht und in einer mehrstündigen Unterhaltung ihm manche erfreuliche Bestätigung, manche Erläuterung auf dem Gebiete seiner chinesischen Forschungen gegeben. Gladisch trug sich in Folge dessen noch mit dem Gedanken einer neuen Bearbeitung seiner Monographie über Pythagoras und die alten Chinesen. Der Gedanke kam jedoch nicht mehr zur Ausführung, da die umfassende kritische Abhandlung zur Revision der jetzigen Darstellung der vorsoziativen Philosophie seine letzten Kräfte in Anspruch nahm. Auf diese Arbeit, deren Abdruck er noch kurz vor seinem Scheiden entgegengah, legte er ganz besonderen Wert.

In dem Geleite, welches ihm am 19. November auf seinem letzten Gange folgte, bemerkte man auch eine stattliche Zahl hiesiger Studirender. Es waren seine einstmaligen Schüler, die ihren Lehrer nicht vergessen, und ihm den wohlverdienten Lorbeerkrantz gebracht hatten.

August Gladisch ruht auf dem Jerusalemer Kirchhof in Berlin. Ehre seinem Andenken!

Berlin, den 21. November 1879.

Dr. R. Hepke.

Sinfonie-Konzert.

Trotz der sehr ungünstigen Witterung, die dem Verweilen am heimischen Heerde sehr zu Gunsten waltete, hatte die gewohnte Schaar musikalischer Genügmenschen allen Unbillen Trost geboten, um dem zweiten diesjährigen Sinfonie-Konzerte der Appold'schen Kapelle beiwohnen zu können.

Der Saal war bis in die letzten Winkel gefüllt und sie werden es alle nicht bereut haben, denn der ganze Verlauf dieses Konzertes war wieder einmal vollkommen dazu angethan, jenen echten und gerechten musikalischen Lokalpatriotismus anzufachen und zu schüren, sowohl durch Das, was geboten wurde als nicht minder, wie es geboten wurde.

Von Ouvertüren brachte der Abend: Ouverture zum Ballet „die Geschöpfe des Prometheus“ von Beethoven und Nicolais „die lustigen Weiber“, dazu „Variationen und Marsch aus der D-Moll-Suite“ von Lachner, Schumanns erste Sinfonie in B-dur und desselben Meisters „Träumerei“ für Streichquartett arrangirt. Neu für die Appold'sche Kapelle war Schumanns Sinfonie.

Dazwischen auf dem Programme stand und daß sie so gespielt wurde, wie sie gestern in ihrer schönen und würdigen orchestra-

Mittwoch, 26. November 1879.
bewendet es bei den Vorschriften des Gesetzes vom 25. Mai 1873 (Ges. S. S. 222.)

Alinea 2 des Amendement Meyer wurde dagegen abgelehnt. Es lautete:

Dem Landtag ist alljährlich ein Verzeichnis der neu ein-

geförderten indirekten Gemeindeabgaben vorzulegen.

§ 8 wurde schließlich angenommen, nachdem mehrere Amendements abgelehnt worden. Es besagt etwa, daß wenn die Gemeinde Unternehmungen und Einrichtungen schafft, welche einem einzelnen Stadttheile oder einer einzelnen Einwohnerklasse vorzugewiese oder in geringem Maße zu Gute kommen, diese Stadttheile und Klassen beziehungsweise mehr oder minder belastet werden können.

Zu § 9 wurden verschiedene Amendements gestellt, welche die frühere Absicht einer Anzahl Mitglieder der Kommission zur Geltung bringen sollen, daß die Landgemeinden in den sechs östlichen Provinzen und in Hannover, wenn sie bis zum Anfang des Steuerjahrs 1881 einen Beschluß über die Vertheilung der Gemeinde-Abgaben nicht fassen, den alten Steuerfuß trotz des Gesetzes beibehalten können. Nachdem ein dahin gehendes Amendement mit 10 gegen 10 abgelehnt worden, wurde ein anderes des Abg. Herbig mit 12 gegen 8 Stimmen, obwohl es wenig von dem abgelehnten Amendement abwich, angenommen. Angenommen wurde ferner ein Amendement Runge, daß der Termin der Beschlusnahme der Gemeinden über die Vertheilung des Gemeinde-Abgaben bis zum Jahre 1882 (statt 1881) hinausgeschoben wird. Mit diesen Amendements wurde § 9 angenommen.

Nächste Sitzung Dienstag, Morgen 9 Uhr.

— Die „Tribüne“ enthält eine längere Betrachtung über die Verstaatlichungsprojekte des Reichskanzlers betreffs des Versicherungswesens. Der Gang dieser Betrachtung führt sie zu folgendem Schlusspausus über das Pensionswesen: „Es ist wohl ziemlich allseitig anerkannt, daß die Einrichtungen, durch welche die Pensionsverhältnisse der fiskalischen Beamten und ihrer Wittwen geregelt werden, an erheblichen Mängeln leiden. Sie sind unvereinbar mit einer geordneten Staatsaufstellung, und eine Zwangsjacke für Diejenigen, welche auf sie angewiesen sind. Da man aber die Sorge für die im Dienste aufgeriebenen Beamten und für ihre Wittwen und Waisen für mehr als eine freiwillig humane Verpflichtung des Staates anerkennen muß, so legt sich der Gedanke nahe, die mehr und mehr veraltende Idee der Pension in die moderne Form der Versicherung zu kleiden, welche bei weitem elastischer ist, den Bedürfnissen der Interessenten mehr Rechnung tragen kann und der bürgerlichen Freiheit der Beamten keine überflüssigen Schranken auferlegt. Wird das Versicherungswesen in den Händen des Staats zunächst auf dieser Grundlage eingeführt, so würde sich über die Bedingungen reden lassen. Auch glauben wir nicht fehlzugehen, wenn wir im Zusammenhang mit unseren obigen Ausführungen dies Ziel als dasjenige bezeichnen, welches vor der Hand in Frage steht. In den Beamten der Post und Telegraphie hat das Reich schon jetzt ein großes Kontingent von Interessenten, und mit Hülfe derselben kann es am leichtesten und ohne irgendwie die Reservatrechte der Einzelstaaten zu verlegen, gleichsam einen positiven Besitzstand im Versicherungswesen erwerben. In den bisher zu Tage getretenen Auslassungen über den Plan der Regierung ist das Institut der Post besonders hervorgehoben worden. Wir glauben, daß man unrecht thut, ihr bloß die Stellung eines Kassirers zuzumuthen; wir halten sie vielmehr für die Avantgarde, welcher die Aufgabe des ersten Vorstoßes zufallen wird. Die heute vom „Deutschen Montags-Blatt“ gemeldete Abreise des General-Postmeisters Herrn Dr. Stephan nach Varzin steht aller Wahr-

len Verkörperung es darthat, läßt allein schon den raslosen Eifer, die Ausdauer und den Mut des Dirigenten hervorleuchten. Wie wir überzeugt sind, daß die nach dem Maßstab der absoluten Vollendung Messenden auch gestern an kleinen momentanen Störungen und stellenweise am so schwierigen synkopischen Rhythmus Schumann'scher Tongebilde eine Handhabe zu Ausstellungen gefunden haben dürften, so werden doch selbst diese zugeben, daß des Guten und Wirklichen, auch im echten Schumann'schen Geiste Wirklichen, viel, sogar recht viel geboten wurde, genug, um sich an dem Werke innerlich erbauen und erfreuen zu können. Das Werk stammt aus der Zeit der vollen Reife des Komponisten, wurde im Jahre 1841 vollendet und kam im Dezember desselben Jahres in einem Gewandhauskonzerte in Leipzig zur ersten Aufführung. Sie wird übrigens als die bedeutendste seiner Sinfonien angesehen; wir unsererseits möchten uns der Minorität anschließen, die in der D-moll Sinfonie des Meisters blühendstes und echtestes Kind erkennt. Diese letztere ist übrigens in ihrer ersten Anlage auch schon auf das Jahr 1841 zurückzuführen und hat mit der B-dur noch das gemein, daß sie in einzelnen der quasi Variationen im 2. Satz recht sehr an das Hauptmotiv des 4. Satzes der B-dur gemahnt. Der vierte Satz und der erste Satz sind entschieden die bedeutendsten und charakteristischsten der B-dur. Welche sinnvolle, rhythmisch schwungvolle, gleichsam geläuterte melodische Zivialität in diesem „Allegro animato e grazioso“, etwas freier von jener harmonischen Spekulation, wie sie im ersten Satz ihre Themen zu gestalten und zu verleichten weiß.

Als würdiges Gegenstück zur Sinfonie präsentierten sich Lachner's „Variationen und Marsch“, womit schon vor zwei Jahren an derselben Stätte viel Freude und Ehre verschafft wurden.

Wie stolz triumphirend hebt sich nach den lang ausgesponnenen Variationen endlich der allmählig anchwelende Marschrythmus ab, mit seinen immer reicher werdenden und wachsenden orchestralen Mitteln. Die Variationen boten übrigens so ziemlich allen Instrumenten Gelegenheit, in den einzelnen Variationen auch einzeln Revue zu passiren und von dem guten Stand des Orchesters einen beredten Beweis abzulegen. Uebrigens erzielten gleich im ersten Stücke, in Beethovens „Prometheus-Ouverture“ die diesmal etwas verstärkten Violinen ganz besonders. Daß der gesamte Streichkörper seine früheren guten Qualitäten durchaus bewahrt hat, bewies Schumann's „Träumerei“ noch ganz selbstständig.

scheinlichkeit nach in Verbindung mit diesen Versicherungsprojekten des Herrn Reichsfanzlers."

— Hinsichtlich der schwebenden Münz-Bestrebungen wird der "Times" aus Philadelphia gemeldet, Staatssekretär Evarts habe aus Berlin Berichte erhalten, die darauf hindeuten, daß keine Hoffnung auf das Zustandekommen einer internationalen Silberkonferenz durch die Mitwirkung der deutschen Regierung vorhanden sei, da Fürst Bismarck fernere Beziehungen zu dem Gegenstande ablehne. Die Regierung der Vereinigten Staaten sei durch diese Nachricht so enttäuscht, daß sie wahrscheinlich die diplomatischen Versuche zur Ajustierung der Silberfrage aufgegeben werde.

— Der nächste Gesetzentwurf, welcher dem Landtage zugehen wird, ist die Besteuerung der Wandlerlager durch die Kommune. Die Vorlage hat bereits vor mehreren Tagen die Genehmigung des Staatsministeriums gefunden und liegt seitdem zur Allerhöchsten Sanktion im königlichen Kabinett. Wahrscheinlich wird der Entwurf schon in der nächsten Sitzung an das Bureau des Abgeordnetenhauses gelangen.

— Die Differenzen, welche hinsichtlich der zu erlassenden Jagd-Ordnung sich ergeben haben, bestehen darin, daß das Landwirtschaftsministerium den Wildschadensatz allgemein einführen wollte, während das Finanzministerium einer solchen Bestimmung widersprach. An diesem Widerspruch ist das Einbringen des Jagdgesetzes schon seit mehreren Jahren gescheitert. Der frühere Landwirtschaftsminister hatte der bestimmt Ablehnung des Finanzministers gegenüber die geltend gemachte Forderung dahin beschränkt, daß der Wildschadensatz in jenen Landesteilen erhalten bleiben sollte, in welcher er gegenwärtig noch geistlich besteht. Aber auch zu diesem Zugeständnis konnten sich die früheren Finanzminister nicht verstehen. Dieselbe Meinungsverschiedenheit herrscht auch heute noch zwischen den zeitigen Ministern der Landwirtschaft und der Finanzen. Die Frage wird deshalb wohl durch Majoritätsbeschluß im Ministerrat entschieden werden müssen.

— Von bestunterrichteter Seite wird der "Trib." die Mittheilung, daß ein Ausgleich zwischen Preußen und der Kurie durch die Verhandlungen mit dem Runtius Jacobini zu Wien bis jetzt noch nicht abgeschlossen ist, und alle, wie auch immer lautenden Angaben bezüglich der Einzelheiten des Abschlusses vollkommen unzutreffend sind. Ganz besonders sei es als feststehend anzusehen, daß bezüglich der Schule in keiner Weise von hier aus auf ein Nachgeben zu rechnen sei.

— Wie wir hören, hat die Regierung in einzelnen Punkten denjenigen Forderungen nachgegeben, welche für die Wiedererneuerung des deutsch-österreichisch-ungarischen Tarifverbandes von den betreffenden Verbandskonferenzen aufgestellt worden waren, so daß nun doch ein direkter Vertrag auch über den 1. Januar 1880 hinaus vorhanden sein wird. Die Grundsätze derselben werden aber andere sein als bisher, insofern die preußische Regierung nur bezüglich einer beschränkten Anzahl Artikel Ausnahmetarife gestattet hat, für die übrigen Artikel dagegen durch die Zusammenaddirung der Lokaltarifsätze sich Frachterhöhungen ergeben, deren Folgen für die Gestaltung des internationalen Verkehrs sich noch nicht übersehen lassen. Bezuglich des Fortbestehens der deutsch-russischen Verbundtarife steht, gemäß einer Mittheilung der königlichen Direktion der Ostbahn an die hiesigen Kaufmanns-Aeltesten, die Entscheidung noch aus und ist zur Zeit noch nicht sicher, ob der neue Verbandtarif zum 1. Januar wird eingeführt werden können. Die Verhandlungen über eine neue Grundlage für direkte deutsch-französische bzw. deutsch-belgische Verkehre werden dem "B. Tgl." als definitiv gescheitert bezeichnet. — Wie dem "Wiener Tagblatt" von Berlin mittheilt wird, richten sich die deutsch-österreichischen Verhandlungen vor der Hand lediglich auf den Abschluß eines bis 1. Juli 1880 laufenden Provisoriums, und zwar auf Grundlage des status quo, d. h. mit Beibehaltung der freien Rohleinen-Einfuhr nach Deutschland und der Beibehaltung des Appreturverkehrs nach Österreich. Gegenüber dem Ansinnen der deutschen Vertreter, heißt es weiter, den freien Rohleinen-Verkehr aufzuheben, weil man durch Reichstagsbeschlüsse gebunden sei, wurde von den österreichisch-ungarischen Vertretern mit aller Energie geltend gemacht, daß dann die sofortige Aufhebung des Appreturverkehrs erfolgen würde, wozu man durch Resolutionen des österreichischen Parlaments bemüht sei. Die "R. Z." begleitet diese Mittheilungen mit folgenden Glossen:

"Wir halten diese Mittheilungen für sehr glaubwürdig, und zwar aus dem sehr einfachen Grunde, weil wir uns schlechthin nicht vorstellen vermögen, wie die Sachen denn anders liegen sollten. Ob die deutsche Regierung ohne Zustimmung des Reichstages befugt ist, den Vertrag zu verlängern, ist eine Frage, die uns wenigstens nicht ganz unzweifelhaft ist. Der Vertrag hat einen ganz bestimmten Endtermin; von der Möglichkeit einer stillschweigenden Verlängerung derselben ist darin mit keinem Worte die Rede. Daß die Aufrechterhaltung der Rohleinen-Einfuhr ohne Zustimmung des Reichstages möglich sein sollte, dafür haben wir keinen Anhalt. Bei der Berathung des Vertrages im Reichstage wurde schon darauf hingewiesen, daß derselbe zu einem äußerst unbequemen Termin ablaufe. Diese Befürchtung tritt jetzt ein. Es wäre in der That sehr wünschenswerth, die Rechtsauffassung der Regierung kennen zu lernen."

— **Bon der preußisch-russischen Grenze** wird der "R. Ztg." unter dem 20. (8.) November geschrieben:

Wie wir hören, wird von sehr maßgebender Seite in Petersburg Anregung gegeben werden, daß die Nationen, welche die russischen Zollbehörden dem preußischen Damper „Salte“ antreten, energisch untersucht werden. Die Angelegenheit wurde kürzlich bei vorragendem Anlaß in Berlin besprochen, und es kamen dabei noch ganz andere Dinge zu Tage. Es ist in den kompetenten petersburger Kreisen kein Geheimniß mehr, daß denjenigen Personen, welche mit den russischen Zollbehörden zu thun haben, systematisch Verstümpfungen und Schwierigkeiten bereitet werden, die wirklich oft das Maß überschreiten. Man muß in der That staunen, auf welche Zollpläcke es in diesen Jahren verschafft werden. Der Kassier, welcher die Zollgebühren, nachdem dieselben von dem revidirnden Beamten festgestellt sind, zu vereinnahmen hat, nimmt nur dann das Geld zur Zahlung an, wenn es auf Heller und Pfennig stimmt, und wehe dem, der es wagen wollte, an ihm die Forderung zu stellen, Geld zu wechseln. Ohne eine Miene zu verzehren, schreibt er die Summe zurück, und der Betreffende hat nun nichts Eili-

geres zu thun, sich die verschiedenen Geldsorten, die er braucht, zusammenzuholen. Nachdem ihm dieses nun endlich gelungen ist, und er wieder athemlos in die Kasse stürzt, findet er den Beamten entweder hinter Papieren versteckt oder über seinen Geldschrank gebeugt und absolut nicht zu sprechen. Nach langem, vergeblichem Harren, Häuspern reißt derselbe wieder wie ein Tiger vor, flucht und wettert und bedauert schließlich, mit einem malitiösen Lächeln auf die Uhr sehend, heute kein Geld mehr in Zahlung nehmen zu können, da es 2 Uhr sei und die Kasse geschlossen werden müsse. Ist der Beamte gut gelaunt, so nimmt er im abgefütterten Verfahren das zu viel aufgezählte Geld und wirft es in eine Büchse zum Besten für Arme und überläßt es dem Spediteur, das fehlende Kleingeld herbeizuschaffen. Eben solche Schwierigkeiten, die man dem Kapitän Schiller von dem Dampfboot "Schnell" in Russland entgegengestellt hatte, kommen hier täglich vor. Die etwa eingereichten Beschwerden verhallen machtlos an den Behörden in Petersburg und man erreicht durch dieselben nur dann etwas, wenn sich der deutsche Botschafter in's Mittel legt. Vom 1. Januar 1880 sollen nun die Angaben über die verfolgenden Wararen seitens der hiesigen Spediteure und mit ihnen die sogenannten Strafen fortfallen. Jeder Zollbeamte ist in seinem Reiche ein Alleinherrscher, und wenn man gut fahren will, so muß man die Launen dieser kleinen Tyrannen mit in den Kauf nehmen, dann wird sich jedes Geschäft leidlich glatt ab. Die Verfügung der russischen Zollbehörde, wonach es seit einigen Monaten gestattet ist, die Zollgebühren in Metalltupons, Papieren auf Goldwährung lautend, bei dem Hauptzollamt in Wirklichkeit entrichten zu dürfen, haben wir mehreren großen Firmen aus den hiesigen Grenzspediteuren zu verdanken. Dieselben haben weder Mühe noch weitläufige Korrespondenzen mit dem russischen Finanzministerium in Petersburg gesucht, um diese Vergünstigung auszuwirken. Von den russischen Behörden ist die Initiative zu dieser Neuerung nicht ausgegangen, wie es einige russische Zeitungen behauptet haben, denn dem deutschen Publikum entgegen zu kommen, oder ihm Erleichterung zu verschaffen, davon steht nichts im Katechismus der betreffenden Beamten.

— Ein eigenthümlicher Streit hat sich in London zwischen dem bekannten britischen Parlamentsmitgliede Sir Drummond Wolf und dem deutschen Militärattaché, Major von Vietinghoff, entsponnen. Der Londoner Correspondent des "B. Tgl." telegraphiert darüber:

"Sir Drummond Wolf, Parlaments-Mitglied, und besonderer Protegé des Lord Beaconsfield, englischer Kommissär in Rumänien und Aspirant für den englischen Botschafterposten in Konstantinopel, erklärte kürzlich in einer Rede: "Deutsche Offiziere umgestraft ihnen untergebene Soldaten in's Gesicht. Er (Wolf) habe dieses in Deutschland gesehen und das gefehlte täglich. Ein englischer Offizier würde niemals wagen, seine Soldaten zu schlagen; die deutschen Offiziere thäten dieses dagegen straflos." Hierauf erwiderte heute Major Vietinghoff, der hiesige deutsche Militärattaché, in einem gehärmlichten Schreiben an die "Times", worin er Drummond Wolfs Angaben als gräßliche Unrichtigkeit erklärt, da ein deutscher Offizier, welcher sich zu einem Schlag hinreissen ließe, sicher streng bestraft würde, anstatt vollkommen straflos zu bleiben."

— Das gestern telegraphisch annoncierte Dementi der "Nord. Allg. Ztg.", betreffend Mittheilungen über den Kultusminister v. Puttkamer lautet wörtlich:

Die "Berliner Ztg." berichtet mit dem nöthigen sensationellen Farbenaufrag von einer Neußerzung, welche der Minister Lucius in seinem Saal gethan habe. Der Minister soll die Unwahrscheinlichkeit angedeutet haben, daß Herr v. Puttkamer das noch nicht im Neubau begriffene Gebäude des Kultusministeriums besiehen werde. Wir sind autorisiert, die Neußerzung mit allen Ausschmückungen der Szenerie, in der sie gefallen sein soll, als eine Erfindung zu bezeichnen. Uebrigens muß man dem Erfinder das Zeugnis einer ungewöhnlichen fruchtbarer Phantasie geben. Derselbe malt mit effektvollen Farben aus, wie die Neußerzung, während der Tafel bei einem Ballfest vernommen, sofort die größte Sensation erregt habe. Daß der Minister Lucius bisher überhaupt noch keine Gesellschaft gegeben hat, an welcher Damen Theil genommen, ist eine Kleinigkeit, in der eine lebhafte Phantasie kein Hindernis findet."

— Durch verschiedene Zeitungen werden über Geschäftsstoffungen bei dem Berliner Landgericht I. und Amtsgericht I., sowie über die Ursachen derselben Nachrichten verbreitet, welche, wie die "Post" wissen will, keineswegs der Wirklichkeit entsprechen. Die großen Schwierigkeiten, welche bei der gleichzeitigen totalen Umwälzung der Justizorganisation und des Prozeßverfahrens überall nicht zu vermeiden sind, müssten sich bei den großen Gerichtskörpern in Berlin nach Auflösung des früheren Stadtgerichts naturgemäß in besonders verstärktem Maße geltend machen. Sie entstanden hier hauptsächlich aus der großen Anhäufung älterer Ladungen, welche vor dem 1. Oktober nicht mehr zur Bestellung hatten gelangen können, in Verbindung mit der Schwierigkeit, bei dem Mangel ausreichender Erfahrung, sofort jede vorhandene Kraft den völlig neuen Verhältnissen entsprechend an der richtigen Stelle zu verwerthen. Keineswegs hatten die Uebelstände darin ihren Grund, daß nicht rechtzeitig die erforderlichen Hülfskräfte gewährt worden waren. Insbesondere ist auch die Nachricht durchaus unbegründet, daß dieserhalb der Landgerichtspräsident Krüger seine Entlassung nachgesucht habe. Zur Zeit können übrigens sicherem Vernehmen nach die früher vorhandenen Unzuträglichkeiten als beseitigt angesehen werden. Einem besonders fühlbaren Uebelstande, der Verzögerung der Auszahlung von Zeugengebühren, soll alsbald durch Einrichtung besonderer Zahlstellen in den Gerichtsgebäuden Abhilfe geschafft werden."

— Das Reichspatentamt hat in seiner Sonnabendsitzung einen für die gesamte deutsche Eisenindustrie hochwichtigen Beschuß gefaßt, indem es beschloß, dem Antrage auf Ertheilung eines Patents zur Ausnutzung des von dem Engländer U. S. Thomas erfundenen Verfahrens zur Entphosphorung des Roheisens zu entsprechen. Die Anwendung dieses für die Konkurrenz der deutschen Stahlindustrie mit der englischen entscheidenden Verfahrens ist damit auf diejenigen Werke beschränkt, welchen der englische Erfinder die Ausnutzung seiner Erfindung übertragen hat. Die Entscheidung des Patentamts hat in den beteiligten Kreisen große Sensation hervorgerufen und wird ohne Zweifel angefochten werden.

— Ueber den Notstand in Oberschlesien erhält die "Nat. Ztg." von Herrn Propst Stolik in Rybnik eine Zufchrift, welche die in dem dortigen Kreise herrschenden Verhältnisse in einem sehr düsteren Bilde erscheinen läßt. Anknüpfend an die Thatache, daß am 21. November im Krankenhaus zu Rybnik ein vagabondirender Arbeiter am Typhus verstorben, die Gefahr des Ausbrechens einer Epidemie in die unmittelbare Nähe gerückt scheint, wird es als Thatache hinge-

stellt, daß Leben und Gesundheit sehr zahlreicher Personen durch Mangel an Nahrung und Kleidung schwer bedroht sind, wenn nicht bald Hilfe kommt. Es schließt sich daran ein Appell an den Wohlthätigkeitsfonds Berlins und der gröferen Städte mit dem Erbieten Beiträge an Geld, Nahrungsmitteln und Kleidungsstücke in der Propstei zu Rybnik zur geeigneten Vertheilung in Empfang zu nehmen. Die "Nat. Ztg." bemerkt hierzu: "Wir können nur wünschen, daß der vorstehend mitgetheilte Notruf nicht ungehört verhalle und dazu beitragen möge, milde Gaben recht bald dorthin gelangen zu lassen, wo die Not am dringendsten ist."

Belgien.

[Papst Leo XIII. und die belgischen Bischöfe.] Die "Indépendance belge" schreibt: "Fanfulla" meldet, daß Msgr. Palotti infolge von ihm ertheilten Gegenordres seine Reise nach Brüssel unterbrochen hat. Es sind neue Schwierigkeiten mit Belgien entstanden, da Herr d'Anethan wahrgenommen hat, daß der Kardinal Nina sich in seinen Depeschen an den belgischen Minister einer andern Sprache bediente, wie in seinen Privatmittheilungen an die Bischöfe. Sollten die ultramontanen Blätter wohl unterrichtet sein, und sollte der Brief mit entgegengesetztem Inhalte, von dem Herr Paul Janzon gestern in der Association libérale sprach, in der That existiren? So jesuitisch nun auch die Diplomatik des Batikans sein möge, flösst uns doch der Charakter des Papstes Leo XIII. zu großer Achtung ein, als daß wir, ehe wir nicht den Wortlaut des Dokuments vor Augen haben, dessen Existenz zugeben könnten. Der heilige Vater bekennt eine Art Kultus für den heiligen Thomas von Aquino, den doctor angelicus. Es sei uns gestattet, hier einen anderen heiligen Thomas, den ersten, den Apostel als Muster zu nehmen, der erst sehn wollte, bevor er sich als überzeugt erklärte, — den Patron, wo nicht den Erfinder der Beobachtungsmethode. Auch wir wollen sehen. Wir bedürfen eines positiven Beweises für die Existenz dieses geheimnißvollen Schriftstückes, denn es wird uns schwer, anzunehmen, daß die römische Kurie in ihren direkten Mittheilungen an die Bischöfe dasjenige gebilligt habe, was sie in ihrer Korrespondenz mit der belgischen Regierung mißbilligt."

Die "Indépendance" enthält weiter folgende bereits telegraphisch signalierte Note: "Allem Anschein nach dürfte das Ministerium im Hinblick auf die Versicherungen der ultramontanen Presse, wonach Instruktionen des Papstes an die Bischöfe existiren sollen, die mit den Enthüllungen der diplomatischen Korrespondenz vollständig im Widerspruch stehen, die Absicht hegen, von der römischen Kurie neue Erläuterungen über verschiedene Punkte zu verlangen, die in einer an den Baron d'Anethan gerichteten Depesche genau bestimmt werden sollen."

In Brüssel versammelte sich am 21. d. Mts. die Association libérale, um über eine an die Kammer zu richtende Petition zu berathen, in welcher die Abserufung des belgischen Gesandten beim Batikan, Baron d'Anethan, sowie entchiedene Maßregeln beuhfs Ausführung des Schulgesetzes gefordert werden. Großen Aufsehen machten die Erklärungen des Herrn Paul Janzon, welcher auf das zweideutige Verhalten des Papstthums hinwies. "Die Zweideutigkeit", betonte der Redner, "ist vielleicht eine doppelte. Die katholische Presse läßt durchblicken, daß neben der diplomatischen Korrespondenz die kirchliche Korrespondenz existirt, und daß letztere die vollständige Übereinstimmung des heiligen Stuhles und der Bischöfe zeigte. Es soll ein Brief mit entgegengesetztem Inhalte existiren. Ich wage, ohne diese contre-lettre zu kennen, die Behauptung aufzustellen, daß dieselbe in der That vorhanden ist. Sobald man dieses Dokument vorzeigt, wird man das vollständige Scheitern der Verhandlungen daraus ersehen."

Ein katholischer Kongreß ist im Augenblick in Lille versammelt. In der zweiten Sitzung desselben wurde ein aus Rom datirtes Schreiben des Bischofs von Lydda und Weihbischof in Cambrai, Herrn Monner, verlesen, in welchem nach einem Telegramm des "Univers" man vor Allem eine Wendung bemerkte, inhaltlich derer der Papst seine hohe Billigung für Alles aussprach, was in Belgien und Frankreich für das Recht der Kirche auf die Schule geschieht.

Da die "Indépend. Belge" sich auf Thomas von Aquino bezieht, so ist die folgende Nachricht nicht ohne Interesse, die dem altkatholischen "Deutschen Merkur" aus Rom berichtet wird:

Der Papst scheint in Bezug auf das Verhalten des Jesuiten-Ordens zu einer Encyclika über Thomas von Aquino sehr gepaßt gewesen zu sein. Jetzt melden ultramontane Blätter darüber: In diesen Tagen hat sich der hochmündige Pater Bedr. General der Gesellschaft Jesu, nach Rom begeben, um zu den Füßen des heiligen Vaters seine und seiner Untergebenen volle Zustimmung zu den in der Encyclika enthaltenen Wünschen, Rathschlägen und Unterweisungen niederzulegen. Der heilige Vater nahm diesen spontanen Alt des Jesuitengenerals mit lebhafter Freude entgegen und als derselbe hinausgegangen war, wandte sich Seine Heiligkeit zu seiner Umgebung mit den Worten: "Ich habe mit einem Heiligen gesprochen!" Der Episkopat Siciens hat Seiner Heiligkeit eine Gesammtadresse eingehändigt, die anderen kirchlichen Provinzen Italiens waren ihm darin schon zuwgekommen. Aus Spanien, Frankreich und England treffen noch fortwährend solche Kundgebungen ein."

Türkei.

Konstantinopel, 12. Nov. Von hier wird der londoner "Allgemeinen Korrespondenz" geschrieben:

"Die Pforte hat Befehle zur Zurückziehung einer Hälfte der an der türkisch-griechischen Grenze stationirten Truppen erlassen. Dieser Schritt wurde gethan, um die Redis in ihre Heimath zu entlassen und den zurückbleibenden Truppen bessere Winterquartiere zu verschaffen. Es verbleiben mithin nur 18.000 Mann an der Grenze. Die Truppen in Gallipoli werden ebenfalls entlassen."

Die Adjutanten des Sultans bei Sami Pascha, der die Aufgabe hat, den auständischen Kurdenfürsten Abdullah zur Unterwerfung zu zwingen, haben dem Palast jüngst berichtet, daß alle Gerüchte bezüglich der feindseligen Stimmung Abdullah's gegen den Sultan unbegründet seien. Sie hätten in einer Unterredung, die sie mit ihm geführt, die Gelegenheit gehabt, dies zu ermitteln, da er verichert, daß ihm der Gedanke, sich von dem Padischah unabhängig zu machen, gänzlich fern liege. Wie bereits telegraphisch gemeldet, hat eine große Anzahl ihm

ergebener Häuptlinge ihn verlassen und ist nach der Heimath zurückgekehrt. Die kaiserlichen Adjutanten fügen hinzu, daß die durch diese aufständische Bewegung unterbrochene Einziehung der Steuern wieder begonnen habe.

Die Post- und Telegraphenverwaltung, sowie das Polizeidepartement, die früher unter der direkten Aufsicht des Grossveziers standen, sind nunmehr dem Ministerium des Innern untergeordnet worden."

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 25. November. Der Kronprinz trifft hier Donnerstag früh aus Italien ein. (Wiederholt.)

Baden-Baden, 25. November. Fürst Gortschakoff reiste heute um 9 Uhr 50 Minuten nach Stuttgart ab und setzt übermorgen seine Reise über Berlin nach Petersburg fort. (Wiederholt.)

Telegraphischer Specialbericht der „Posener Zeitung“.

↗ Berlin, 25. November, 7 Uhr Abends.

Dem Abgeordnetenhaus ist der Gesetzentwurf betreffend die Ausführung der Gebühren-Ordnung für Rechts-Anwälte zugegangen. Es findet die zweite Berathung des Staatshaushaltsetats, speziell des landwirtschaftlichen Ministeriums statt. Der Minister Lucius erklärt, der gegenwärtige Etat sei nach den bisherigen Grundsätzen aufgestellt; die Positionen weisen demnach nur geringe Abweichungen von letztem Etat auf. Wenn es auch wünschenswerth gewesen, für einzelne Verwaltungswege höhere Summen auszunehmen, so könnte doch den laufenden Bedürfnissen genügt werden. Der Minister rechtfertigt die Ausgaben für das neue landwirtschaftliche Lehrinstitut in Berlin, bemerkt, daß die Akademie in Proskau nunmehr überflüssig geworden und im ersten Vierteljahr 1881 eingehen werde. Er konstatirt den ersfreulichen Aufschwung der Akademie in Poppelsdorf und der landwirtschaftlichen Mittelschulen. Der Etat der landwirtschaftlichen Verwaltung wird nach längerer, aber unerheblicher Debatte mit einziger unbedeutender Abänderung genehmigt. Der Etat der Gehtüfverwaltung wird unverändert bewilligt. Beim Etat der Zentralverwaltung der Domänen und Forsten werden 570,000 Mark für den Neubau des Dienstgebäudes für die Generalsteuerkommission nach dem Antrage der Budgetkommission, trotz des Einspruchs der Minister Lucius und Bitter, abgesetzt. Der Etat der Zentralverwaltung wird genehmigt. Beim Etat der Domänenverwaltung entspinnt sich eine längere Debatte über die Lage der Domänen und Landwirtschaft, überhaupt über die Wirkungen der Getreidezölle und Tarifänderungen, woran sich Windhorst, Richter, Schmidt, Richter und Schorlemer beteiligen. Gegenüber Richter bemerkt der Minister Lucius, die eingetretene Steigerung der Getreidepreise sei nicht Folge der Zölle, sondern zum Theil einer großen Missernte. Was den Notstand in Oberschlesien betreffe, so habe sich die Staatsregierung mit der Frage bereits beschäftigt. Die Minister des Innern und der Finanzen hätten bereits die geeigneten Vorbereitungen getroffen, um dem Notstande zu begegnen. Seitens der Provinzialbehörden und der Selbstverwaltungsorgane sei mit derselben Bereitwilligkeit vorgegangen worden. Sollten die ergriffenen Mittel nicht ausreichen, so werde die Staatsregierung mit einer geeigneten Forderung vor den Landtag treten. Man möchte die Gefahren nicht übertreiben. Die Erschwerung des Grenzverkehrs in Oberschlesien sei durch die Kinderpest in Polen und Österreich bedingt, es werde indef bei der Grenzsperrre jede mögliche Rücksicht geübt. Der Etat für die Domänen wird nach dem Antrage der Kommission bewilligt. Nächste Sitzung Mittwoch.

Der Kaiser besuchte Mittags den Großfürsten Vladimir und dessen Gemahlin und empfing dessen Gegenbesuch. Nachmittags um 5 Uhr fand zu Ehren des großfürstlichen Paars ein Festmahl statt, woran die Mitglieder der königlichen Familie, der russische Gesandte Dubril, der mecklenburgische Gesandte Prollius, Feldmarschall Graf Moltke, Graf Stolberg, Prinz Reuß und der Minister Schleinitz teilnahmen.

Berlin, 25. November. Dem Bundesrath wurden zwei Gesetzentwürfe für Elsaß-Lothringen, betreffend die Verwaltung von Zuchthengsten zur Verbesserung des verwahrlosten Pferdestandes, nach Analogie des Gesetzes über die Zuchttiere, und über die Erhöhung der Lizenzgebühren für den Kleinhandel mit Braumtwein und Liqueure, zur Bekämpfung der Böllerei, vorgelegt.

Naguit, 25. November. Bei den für den zweiten Wahlkreis des Regierungsbezirks Gumbinnen (Naguit-Pillkallen) am 21. d. stattgehabten Reichstags-Ersatzwahl wurden laut amtlicher Zählung im Ganzen 7659 Stimmen abgegeben. Hierzu erhielt v. Spescher-Gerskallen (kons.) 5148, Franken-Lessgawannminnen (fortschritt.) 2500 Stimmen. Der Erste ist sonach gewählt.

Flensburg, 25. November. Bei der im 2. Schleswig-Holsteinischen Reichstagswahlkreise stattgehabten Wahl eines Reichstagsabgeordneten erhielten laut amtlicher Zählung von 6625 abgegebenen Stimmen der bisherige Reichstagsabgeordnete Oberpräsident von Böttiger (Reichspartei) 3014, Professor Dr. Hirschius in Berlin (nat.-lib.) 2711, Zeichenlehrer Georg Dwenßen in Flensburg (Handwerkspartei) 601, Zigarrenarbeiter Brückmann (Sozialdemokrat) 254 Stimmen, somit ist eine engere Wahl zwischen den beiden Erstgenannten erforderlich.

Paris, 25. November. Der russische Botschafter Fürst Orloff hat sich nach Cannes begeben, um sich von der Kaiserin von Russland vor deren Abreise nach Florenz zu verabschieden.

London, 25. November. Einer Meldung des „Neuen Tel. Bur.“ aus Konstantinopel vom 24. d. M. folge ist die Abreise Bakers nach den asiatischen Provinzen bis Sonnabend verschoben. Die auf gestern anberaumt gewesene Sitzung der griechisch-türkischen Kommission wurde wieder abgesagt; es heißt die Pforte werde überhaupt keine weitere Sitzung anberaumt und die Entscheidung der griechischen Frage Europa zu überlassen. Ein finanzielles Arrangement zwischen dem Finanzminister und mehreren Bankhäusern aus Galata ist gestern unterzeichnet worden.

Petersburg, 25. November. Es bestätigt sich, daß Fürst Gortschakoff hier am 2. Dezember eintrifft. Der Baron Langenau und General Schweinitz sind angekommen.

Madrid, 25. November. [Deputirtenkammer.] In Beantwortung der Anfrage des Deputirten Martos erklärte der Ministerpräsident Martinez-Campos, daß von einer Ministerkrise jetzt nicht die Rede sei. Das Ministerium habe beschlossen, nach den Vermählungsfeierlichkeiten trotz der aufständischen Bewegung in Kuba einen Gesetzentwurf über die daselbst einzuführenden Reformen vorzulegen.

Locales und Provizielles.

Posen, 25. November.

↗ [Die Rivalen des Ostens.] Zu den, von unserem warschauer Korrespondenten bereits gestern gemeldeten neuen Russifizierungsmethoden, welche ein eigenthümliches Licht auf die russisch-polnischen Verständigungsversuche werfen, fügen die polnischen Blätter ihrerseits noch weitere Beispiele von rigorosen russischen Maßnahmen gegen das Polenthum hinzu. So wird gemeldet, daß den warschauer Studenten verboten worden sei, an öffentlichen Orten sich in polnischer Sprache zu unterhalten; sie dürfen fortan nur russisch reden. Der Gouverneur von Kalisch hat angeordnet, daß alle Todenzettel, welche bei Sterbefällen herumgesandt werden, in Zukunft in russischer Sprache gedruckt werden müssen und nur eine polnische Übersetzung enthalten dürfen. Diese Maßregeln, welche so wenig zu dem, zwischen unserem „Dziennik Poz.“ und dem petersburger „Golos“ stattgefundenen Zärtlichkeitsaustausch passen, scheinen das posener Pan-Slavistenblatt wieder einigermaßen von seinen Träumereien erneuert zu haben, denn es ergibt sich mit einem Male in den wüthendsten Ausfällen gegen das „schändliche System“ in Russisch-Polen und gegen die „nichtswürdigen russischen Regierungswerzeuge“, so daß der „Goniec Wielkopolski“ ironisch frägt, wer denn eigentlich den „Dziennik Poznanski“ leite, da er fast jeden Tag in eine andere Tonart verfalle. — Die Konsequenz hat freilich niemals zu den Eigenschaften des „Dziennik Pozn.“ gehört.

↗ [Die Wahl im Wahlkreise Borsig-Meseritz] an Stelle des in's Herrenhaus berufenen Ministers a. D. Dr. Friedenthal wird am 18. Dezember stattfinden. Seitens der Majorität der deutschen Wähl Männer ist, wie wir bereits berichtet haben, der freikonservative Rittergutsbesitzer von Tiedemann als Kandidat aufgestellt worden.

↗ [Über den heute stattgefundenen Lokomotiven-Zusammenstoß] auf dem Zentralbahnhof, den wir bereits im Abendblatte erwähnt haben, wird uns von befreundeter Seite folgendes mitgetheilt: Bei Abfahrt des früh um 5 Uhr nach Breslau abgehenden Zuges (Nr. 29) ist derselbe in Folge falscher Weichenstellung bei dem neuen Werkstatt-Gebäude auf ein Nebengeleis gefahren und dort mit einer daselbst stehenden Maschine zusammengestoßen. Beide Maschinen sind beschädigt; der Pau- und Gültwagen des Zuges sind entgleist und gleichfalls beschädigt; Passagiere haben, soweit ermittelt werden konnte, Schaden nicht gelitten, der Lokomotivführer und Heizer der Zugmaschine sind anscheinend nur leicht verletzt; der Zug ist mit einer Verspätung von 115 Minuten weiter gefahren. Die Untersuchung nach der Verschuldung ist sofort eingeleitet.

↗ [Das neue Empfangsgebäude] auf dem Zentralbahnhof ist zwar bereits seit mehr als einer Woche dem öffentlichen Verkehr übergeben; doch müssen dort noch mancherlei Einrichtungen getroffen werden, die bei der Halt und Eile, mit der die Eröffnung des Gebäudes betrieben wurde, bis dahin nicht fertig gestellt werden konnten, ein großer Theil dieser Einrichtungen wird sogar erst im Laufe des nächsten Jahres ausgeführt werden können, so daß man während des Winters sich auch dort mit einem Provisorium wird behelfen müssen, welches in mancher Beziehung schlimm ist, als die bisherigen Zustände in dem provisorischen Empfangsgebäude. Der Grund, weshwegen das neue Empfangsgebäude so hastig eröffnet worden ist, liegt, wie man hört, nicht etwa darin, daß das provisorische Empfangsgebäude nicht mehr für diesen Winter ausgereicht hätte, sondern vornehmlich darin, daß die Feuerungsbaubehörde die Benutzung des neu errichteten fünf Güterschuppens und die Errichtung eines sechsten Güterschuppens auf dem Zentralbahnhof davon abhängig gemacht haben soll, daß zuvor das provisorische Empfangsgebäude beseitigt werde; danach wäre es also der steigende Güter-, nicht Personenverkehr gewesen, der die Eröffnung des neuen Empfangsgebäudes schon jetzt notwendig erscheinen ließ. Daß die gegenwärtigen Zustände in und vor dem neuen Empfangsgebäude für das reisende Publikum in vielfacher Beziehung unbeständig und unbehaglich sein müssen, liegt auf der Hand. Die Perrons sind noch nicht überdacht, und nur mit Kies aufgeschüttet, so daß sie bei der gegenwärtigen regnerischen Witterung ausgeweitet und für die Fußgänger schwer passierbar sind. Ferner läßt die Beleuchtung sowohl auf den Perrons, wie im Innern des Gebäudes noch sehr viel zu wünschen übrig; auf den Perrons brennen einige wenige Petroleumlampen und im Innern des Gebäudes, besonders im Vestibül, fehlt es noch sehr an Gas-Beleuchtungsförpern. Ebenso ist die Zufahrt zu dem neuen Empfangsgebäude noch eine sehr unvollkommen und beengte, und wird sich auch durch den Abruch des provisorischen Empfangsgebäudes, der bis Anfang nächsten Monats erfolgt sein dürfte, wenig verbessern, da Pfasterungsarbeiten gegenwärtig wohl nicht ausgeführt werden können. Erst im nächsten Jahre wird mit der Pfasterung des durch den Abruch des provisorischen Empfangsgebäudes gewonnenen Platzes vorgegangen werden; erst dann werden auch Perronhallen, welche bis an die Schiene reichen, hergestellt, und ebenso die erhöhte Laufbrücke, welche das Vestibül des Empfangsgebäudes mit der noch zu errichtenden Einfahrtshalle der Märkisch-Poener und der Posen-Kreuzburger Bahn verbinden soll, errichtet werden. Ob für die Beleuchtung des ausgedehnten Zentralbahnhofes das gegenwärtige Gasleitungssystem ausreichen wird, erscheint zweifelhaft; die Direktion der städtischen Gasanstalt will, wie man hört, ein bedeutend weiteres Gasrohr nach dem Bahnhofe hinaus

nur unter der Bedingung legen, daß die Bahnverwaltung sich auf eine Reihe von Jahren verpflichte, das Gas von der städtischen Gasanstalt zu entnehmen, während der Bahnverwaltung die Gaspreise dieser Anstalt wohl zu hoch sind, so daß die Errichtung einer besonderen Bahn-Gasanstalt schon in's Auge gefaßt sein soll.

↗ [In einer hiesigen Dampf-Mahlmühle] ist in der vergangenen Woche dadurch ein sehr bedeutender Schaden angerichtet worden, daß, wie man hört, die Maschinenteile des Mahlwerkes nicht gehörig in einander griffen und dadurch ein Theil des Mahlwerkes zertrümmert wurde. Bis diese zertrümmerten Maschinenteile wieder hergestellt sind, haben demnach mehrere Mahlgänge auf einige Zeit außer Thätigkeit gesetzt werden müssen.

↗ [Pinne, 23. November.] [Sekundärbahn.] Dem Bau einer Sekundärbahn Neutomischel-Pinne ist nun seitens der Märkisch-Poener Eisenbahn durch Vermessung der Strecke und durch Herstellung der betreffenden Vorarbeiten näher getreten worden. Neben dem bald zu erwartenden Bau dieser Bahn sind viel Gerüchte in Umlauf gesetzt worden, nach welchen der Ausführung nichts mehr im Wege steht. So wünschenswerth diese Bahn für die betreffende Gegend ist, so wird wohl noch eine Zeit bis zur Ausführung des Projekts vergehen. Nothig sind vor Allem die Konzessionsertheilung seitens des Ministeriums, dann die Erlaubnis des Provinziallandtages zur Benutzung derjenigen Chausseestrecken, die die Bahn durchlaufen soll. Sind nun diese erlangt, dann würde die Beschaffung der Baugelder ebenfalls Zeit erfordern und sollte gar noch eine Hölle der Staatskasse nötig sein, dann hätte wohl das Abgeordnetenhaus auch noch ein Wort mitzusprechen. Daß dieses Alles zu überspannten sanguinischen Hoffnungen nicht berechtigt, ist ersichtlich. Jedenfalls gebührt dem sich hierfür interessirenden Komitee die volle Anerkennung und wünschen wir demselben den besten Erfolg zu seinen Bemühungen.

↗ [Wollstein, 23. November.] [Gegen die Schanksteuer.] Gerichtstage. In nächster Zeit werden sich unsere städtischen Behörden mit einer Petition vieler hiesiger Bürger zu beschäftigen haben, des Inhalts, daß die Stadt sich beim Hause der Abgeordneten für Nichtannahme des Schanksteuergesetzes verwenden möchte. — Vom kgl. Landgerichte zu Meseritz sind die Gerichtstage in Borsig wie folgt festgesetzt: am 15. Dezember 1879, am 26. Januar, 8. März, 26. April, 7. Juni, 13. September und 8. November 1880.

↗ [Franstadt, 23. Novbr.] [Stadtverordnetenwahl.] Die Beteiligung bei der am Freitag stattgefundenen Stadtverordnetenwahl war eine geringe. In der 1. Abtheilung wurden die Kaufleute C. Grosmann und C. Rawack wieder- und Kaufmann B. Cleemann und Direktor Struve neu gewählt. In der 2. Abtheilung wurden Handelsbuchfabrikant W. Franke und Kaufmann A. Hielicher wiedergewählt. In der 3. Abtheilung wurden Tuchfabrikant W. Goldmann und Brauereibesitzer A. Hofer wieder- und Müllermeister C. Schulz neugewählt. Kaufmann C. Grosmann hat wegen eines vorgekommenen Fehlers die Wahl abgelehnt und findet daher am 28. d. Mts. für ihn eine Neuwahl statt.

↗ [Krotoschin, 22. Novbr.] [Verschiedenes aus der Umgegend.] Wie aus glaubwürdiger Quelle mitgetheilt wird, ist seitens der Intendantur ein Kontrakt wegen Erbauung einer Kaserne in Märkisch geschlossen worden. Wie es also den Anschein hat, verliert Krotoschin nächstens seine Schwadron Ulanen. — Der Tag der Viehzählung ist von dem schlesischen Provinzial-Ausschusse auf Dienstag, den 9. Dezember festgesetzt worden. — So vielfach auch schon vor dem gebräuchlichen Schließen der Oefenflappen gewarnt worden ist, hat sich aus dieser Ursache vorgegern ein trauriger Unglücksfall im nahen Märkisch ereignet, indem zwei Ulanen der dortigen Garnison (Brüder und Söhne wohlhabender Eltern) in ihrem Quartier leblos aufgefunden wurden. Sofort angefesselte Wiederbelebungsversuche waren nur bei einem derselben von vorläufigem Erfolg, doch ist seine Erhaltung noch sehr zweifelhaft. — In der vor einigen Tagen stattgefundenen Generalversammlung der trachenberger Aktien-Zuckerfabrik waren 337,500 M. des Aktienkapitals mit 111 Stimmen vertreten. Die Versammlung nahm den Vortrag des Jahres- und Revisionsberichts, so wie des Jahresabschlusses entgegen und stellte die Dividende für das Geschäftsjahr 1878 / 79 auf 17 pt. oder pro Aktie auf 255 M. fest. — Der frühere Schäfer Gottfried Kupke zu Dammer, Veteran aus den Befreiungskriegen und Inhaber des Allgemeinen Ehrenzeichens, und dessen Ehefrau feierten fürlich ihr 60jähriges Ehe-Jubiläum. Das noch recht rüstige Paar wurde, umgeben von Kindern und Enkeln und begleitet vom Grundherrn, in der evangel. Kirche zu Wirschnowitz nochmals eingefeiert. Zur eine festliche Bemirbung hatten gütige Hände zu Hause freundliche Sorge getragen. — In Sulmierzyn findet jeden Mittwoch ein Wochenmarkt statt. Der dortige Magistrat ist mit den dortigen Handelsleuten in Verbindung getreten, welche letztere sich nach Möglichkeit angelegen sein lassen wollen, gegen gute Preise Aufläufe zu machen, und wird das Publikum seitens des betr. Magistrats erfreut, diese Wochenmärkte zu besuchen, insbesondere aber Getreide, Heu, Stroh, Kartoffeln, Schwarzwiebel, Flügelvieh, Eier, Butter u. zum Verkauf zu bringen.

↗ [Krotoschin, 22. November.] [Fütterung der Hasen.] Schmarz wild jagd. Stadtverordnetenwahl. Bei dem andauernden Schnee- und Frostwetter drängt sich allen Wäldermännern die Überzeugung auf, daß Feldhühner und Hasen u. c. mit Futter versorgt werden müssen, da namentlich erstere in der Nähe von Wegen ihr jetzt kümmerliches Datei vergeblich zu fristen suchen. Auch Wildschweine bemühen sich auf größeren Streifzügen ergiebigere Quellen für ihren Unterhalt aufzufinden. So sind hier in den fürstlichen Revieren mehrere Jagden auf zugelaufene Sauen abgehalten worden. Es wurden am getrigen Tage drei Stück Schwarzwild erlegt. — Bei den heutigen Stadtverordnetenwahlen gingen die Herren Sartori und Wunderlich aus der Wahl hervor.

↗ [Bromberg, 24. November.] [Bahnlinie Bromberg-Königsberg.] Am letzten Freitag fand hier im Casino eine Versammlung der Interessenten für den Bau einer Bahn Bromberg-Königsberg statt, in welcher der Landrat von Derken den Vorsitz führte. Die Versammlung nahm auf den Vorschlag des Bürgermeisters Bachmann folgenden Antrag an: „Die heutige Versammlung beschließt, das Projekt einer normalspurigen Sekundärbahn von Bromberg über Krone a. B., Tuchel nach Königsberg zu verfolgen und zu diesem Beobacht: 1) ein neues Agitations-Komitee zu wählen, 2) für Beschaffung eines Agitationsfonds Sorge zu tragen, 3) eine Revision der vorhandenen Vorarbeiten mit Rücksicht auf die heutigen Prinzipien und Preisverhältnisse vornehmen zu lassen, 4) unter Überreichung des noch auszuarbeitenden Promotionsas sich an die Vertretungen der interessirten Kreise mit der Anfrage zu wenden, inwieweit dort auf eine Beihilfe durch freie Vergabe von Grund und Boden und durch baare Mittel zu rechnen sei, 5) durch Absendung einer Deputation an den Herrn Eisenbahminister festzustellen, inwieweit das Unternehmen durch staatliche Ausführung event. auf staatliche Unterstützung zu rechnen habe, 6) endlich auch die Herren Abgeordneten der betreffenden Kreise für das Unternehmen zu interessiren. Nach Annahme dieses Antrages wird das Komitee aus folgenden Herren gebildet: Graf Königsmarck (Königsberg), Bürgermeister Bachmann, Landrat v. Derken, Stadtrath Franke, Stadtrath Friedländer, Kaufmann Kolwitz, General-Sekretär Gepert, Redakteur Hirschberg (sämtlich aus Bromberg), Bürgermeister Ahlsdorf, Kaufmann J. C. Schmidt, Kaufmann Otto Martens (Tuchel), Bürgermeister Böttcher (Krone a. d. Brahe). Ferner wurden kooptirt: Banquier A. Arons, Fabrikbesitzer L. Buchholz (Bromberg), Landrat Müller (Tuchel), Landesdirektor Dr. Wehr (Danzig), Gutsbesitzer Johann Buchholz und Zimmermeister Löß (Krone a. B.). Für die an den Minister zu sendende Deputation wurden neben den Abgeordneten unseres Kreises die Herrenhaus-Mitglieder Graf Königsmarck und Stadtrath Friedländer bestimmt. Bei der Konstituierung des Komitees wurde Landrat v. Derken zum Vorsitzenden und Bürgermeister Bachmann zum Stellvertreter gewählt. (D. Pr.)

In der Versammlung der „christlich-sozialen Arbeiterpartei“

über die wir bereits kurz berichtet, wurde das „Eigenthum im Lichte der Bibel“ besprochen; das Thema hatte viele junge Theologen angezogen. Als Referent sprach Prediger Kappe, der zunächst auf die mannigfachen Anschauungen über Eigenthum und Besitz bei den verschiedenen Völkern der Geschichte, Anschauungen, nach denen selbst der Götterwelt ein Ringen nach Besitz und irdischem Hab und Gut eigen war, hinwies und darauf die Frage aufwarf: Wie steht das Christenthum zu all diesen Anschauungen? Christus selbst war kein Revolutionär, er wollte das Gesetz nicht aufheben, er wollte es erfüllen. Hatte das mosaische Gesetz gelehrt: Debowah ist Herr alles Grund und Bodens, so erweiterte er dies noch und sagte: Gott ist der Herr über Alles, was ihr Menschen habt und seid, Alles ist nur anvertrautes Gut, über das ihr Rechenschaft abzulegen habt.“ Es ist begreiflich, dass gegen diesen Grundsatz namentlich die widerchristliche Humanität unserer Zeit lebhaft gesiert hat, denn Humanität hat ja keinen Gott. Das ist ja ihr Wesen, dass sie sich mit den gutmütigen Regelungen ihres Herzens begnügt, dass sie ein höheres Gebot nicht kennt. Erkennen wir aber die Anschauungen des Christenthums an, so ist es klar, dass jeder willkürliche rechenschaftslose Gebrauch unseres Eigenthums etwas ist, was mit diesen Anschauungen vollständig im Widerspruch steht. Diese Anschauungen, die ja von den ersten christlichen Gemeinden fast zur Wirklichkeit gebracht sind, wollen nun freilich das Besitzrecht des Einzelnen nicht aufheben, weder in Theorie noch in Praxis. Der Frage nach der Form, in welcher der Besitz vorhanden sein soll, ist durch das Christenthum und seine Forderungen in keiner Weise präjudiziert und die Forderung der Sozialdemokraten von reinem Wasser nach Kollektivbesitz ist durch diese Anschauungen in nichts unterstellt. Auf der anderen Seite wird freilich der Privatbesitz in seiner Ausschließlichkeit durch die Anschauungen des Christenthums beschränkt. Jeder Mensch, der auf seinen Besitz pocht, der da meint, ohne Rücksicht auf das Allgemeine schalten und walten zu dürfen, ist gerade unsittlich. (Sehr richtig.) Das Geld, welches durch die Gesellschaft und ihre Einrichtungen erworben ist, muss auch dieser wieder zu Gute kommen, wenn anders, ist es ein Raub an der Gesamtheit. Zweierlei darf dabei nicht vergessen werden; die jeweilige Volksgemeinschaft darf nie an die Stelle Gottes gestellt werden und dann, das freie Recht der einzelnen Persönlichkeit ist nicht weiter zu beschränken, als sich bei den Forderungen der Gesamtheit und Gemeinschaft verträgt. Der Grundsatz: „Eigenthum ist Diebstahl“ ist einfach etwas Latenteres, aber ebenso ist jeder Götzendienst des Reichthums etwas Schändliches. Das Christenthum hebt den Begriff des Privatbesitzes nicht auf, aber heiligt allen Besitz als ein von Gott anvertrautes Gut. Durch das Christenthum ist erst die Beziehung zwischen Mensch und Besitz in die rechte Klarheit gebracht und gerade in unserer Zeit wird es Aufgabe sein, in Bezug auf Besitz und Eigenthum zu thun, was Christenpflicht ist. (Bravo.) Nachdem in der Debatte zuerst Herr Elias Cohn das Wort ergreissen, um zu erklären, dass Moses nicht gesagt habe, wie der Redner meint: „das Land gehört Gott“, sondern ausdrücklich: „das Land gehört Euch“, und die Geschichte der Ruth herangezogen, um den Anspruch der Töchter auf Besitzthum nachzuweisen, auch bestritten, dass nach der mosaischen Gesetzesgebung der Lebende Gott gehöre, ging Herr Hofprediger Stöcker näher auf die mosaischen Anschauungen ein und verglich sie mit den englischen, die gleichfalls allen Grundbesitz auf eine Person, hier den weltlichen Herrscher zurückführen. Auf das Thema im Allgemeinen eingehend, führte der Redner aus: „Das gegen den Missbrauch des Privat-Eigenthums eine Reaktion kommen muss, ist klar und sie ist ja auch im Gange, denken Sie nur an die Eisenbahnvorlage, die unseren Landtag beschäftigt. Man will die Eisenbahnen wieder aus den Händen der Privaten nehmen, weil sie da nicht so funktionieren wie sie müssten, weil so kein planvoller Betrieb möglich ist. Dasselbe wird man bereits in Bezug auf Gas, Wasser u. s. w. erkennen. Sie sehen, wie der Staat allmählig eine Fülle von Privateigenthum zurücknimmt. Sie wissen ja, was Eugen Richter gesagt hat: das ist der Weg zum Sozialismus. Zwischen Sozialismus und dem, was der Staat will, ist aber doch ein gewaltiger Unterschied. Es handelt sich hier um den Unterschied zwischen privaten und öffentlichen Aufgaben. Wenn Richter meint, da könne der Staat auch das Brodbrot besorgen, so vergibt er, dass das Brodbrot keine öffentliche Aufgabe ist, während man den Transport wohl unbestritten eine solche nennen kann. Die Feststellung des Begriffes „Eigenthum“ ist Sache der Geschichte; da kann man nicht sagen, so muss es sein, kann nicht sagen, wir wollen nur Privat- und Staatsbesitz, das muss man eben der Geschichte überlassen.“ Redner geht nun mehr auf den Unterschied in den Anschauungen des Alten und des Neuen Testaments ein, die im Prinzip gleich, doch in verschiedener Weise zum Ausdruck gekommen sind, weil das Alte Testament für ein Volk, das Neue Testament für die ganze Welt erlassen ist. Gleich dem Alten lehrt auch das Neue Testament: „Thue Rechnung über Deinen Haushalt.“ Es wäre sehr zu wünschen, wenn man gerade jetzt diesen Grundsatz sich in die Herzen schreibe, Jahre wie 1872, 73 wären dann nicht möglich gewesen. (Sehr wahr!) Auch das Anammeln von großen Schäden verbietet das Alte wie das Neue Testament in gleicher Weise. Wie aber befolgt unsere Zeit diesen Grundsatz? In Stelle Gottes ist der Mammon, an Stelle des Altars der Geldschrank getreten. Endlich lehren Altes und Neues Testament die Barmherzigkeit gegen die Notleidenden. Alle diese drei Grundsätze sollen im Christenthum ausgeprägt werden. Man hat uns nun vorgeworfen, wir wollten aus dem Neuen Testament Gesetze entwickeln; das ist uns niemals eingefallen, aber das sagen wir freiwillig: Diese Grundsätze sollen nicht blos im Neuen Testament stehen, sie sollen auch in der Gesellschaft ausgeprägt sein. Die Welt kann nicht Gesetze darüber geben; aber das muss man zu bewirken suchen, dass die Staatsmänner, dass die bürgerliche Gesellschaft sich frage: welche Einrichtungen treffen wir, um die Menschen an diese ihre Pflichten zu erinnern. Das sind Sachen, bei denen die Kirche mitthilft soll; die Ausarbeitung im Einzelnen aber überlässt die Kirche dem Staat; denn wir wissen, dass auch das Gesellschafts-Leben ein göttliches Recht hat. (Bravo). Redner schloss mit einigen Exemplifikationen aus der neueren Zeit seine Ausführungen, worauf der Schluss der Debatte beliebt wurde.

Landwirtschaftliches.

r. Dem Programm für die landwirtschaftliche Provinzial-Ausstellung, welche am 28., 29. und 30. Mai 1880 in Bromberg stattfinden wird, ist folgendes zu entnehmen: Die Ausstellung wird alle Zweige der Landwirtschaft und ihrer Hülfsgewerbe umfassen, d. h. also der Landwirtschaft im engeren Sinn, der Forstwirtschaft, der Gärtnerei, der Bienen- und Fischzucht, sowie der landwirtschaftlich-technischen Nebengewerbe (Brennerei, Müllerei, Molkerei, Stärke- und Zuckfabrikation); auch werden die zum Betriebe dieser Gewerbe erforderlichen Maschinen, Geräte und Hülfssstoffe zugelassen werden. Zunächst dazu bestimmt, ein Gesamtbild von dem gegenwärtigen Zustande der Landwirtschaft der Provinz Posen und der von derselben seit dem letzten Provinzial-Ausstellungen (1868 in Bromberg, 1872 in Posen) gemachten Fortschritte zu gewähren, sollen behufs Vergleichung, Belehrung und Anregung doch auch die anderen Provinzen des Staates und das Ausland mit gleicher Berechtigung zur Konkurrenz um die ausgesetzten Preämien zur Bezeichnung der Ausstellung eingeladen werden. Alle Anmeldungen sind bis zum 15. März 1880 an den Generalsekretär des Provinzialvereins, Ökonometrischer Professor Dr. Peters zu Posen, einzufinden. Über die erfolgte Annahme der Anmeldungen werden vom Ausstellungs-Komitee Anerkennungen ausgestellt, welche als Legitimation bei dem Einbringen der Ausstellungs-Objekte zur Ausstellung, sowie auch für den höheren Orts bereits be-

antragten frachtfreien Rücktransport dienen werden; letzterer wird gegen die Bescheinigung des Ausstellungs-Komitees, dass die betreffenden Objekte unverkauft geblieben sind, erfolgen. Die zollfreie Ein- und Ausfuhr der verkauft gebliebenen, vom Auslande eingegangenen Ausstellungsgegenstände ist bereits genehmigt. — Die Ausstellung wird auf dem Exerzierplatz an der Danziger Chaussee bei Bromberg abgehalten werden; es werden daselbst Ställe für die Thiere, offene Schuppen für die Maschinen und Geräthe (soweit dies erforderlich ist), geschlossene Gebäude für die land- und forstwirtschaftlichen Produkte und die gärtnerische Ausstellung errichtet, und für die Benutzung dieser Räumlichkeiten ein entsprechendes Standgeld erhoben werden. Die Preise, welche zur Vertheilung gelangen, bestehen 1. für Pferde, Rindvieh, Schafe und Schweine in der Hand größerer Besitzer in Chärenpreisen, silbernen und bronzenen Medaillen und Anerkennungen; 2. für Pferde, Rindvieh, Schafe und Schweine in der Hand kleinerer Besitzer in Geldpreisen; 3. für alle anderen Ausstellungs-Objekte in goldenen, silbernen und bronzenen Medaillen, Geldpreisen und Anerkennungen. Zur Konkurrenz werden 10 Gruppen eröffnet, und zwar: 1. Pferde mit 5; 2. Rindvieh mit 6; 3. Schafe mit 6; 4. Schweine mit 4; 5. Federvieh und sonstige Thiere mit 2; 6. Produkte der Land- und Forstwirtschaft mit 2; 7. Düngemittel und Futterstoffe mit 1; 8. Produkte des Gartenbaus mit 1; 9. Landwirtschaftliche Maschinen und Geräthe mit 4; 10. Sonstige Betriebsmittel und Hülfssstoffe mit 1 Klasse. Als Preisrichter werden möglichst Autoritäten von auswärts herangezogen werden. — Die Ausstellung wird an den drei Ausstellungstagen von 9 Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends gegen Eintrittsgeld dem Publikum geöffnet sein. Die Vertheilung der Preämien und der festliche Vorbezug der prämierten Thiere vor der Tribune findet am 29. Mai, Mittags 12 Uhr statt. Daran schließt sich eine öffentliche Versteigerung der hierzu angemeldeten Gegenstände. Mit der Ausstellung wird eine Verloofung von Ausstellungs-Gegenständen verbunden werden, zu der 25.000 Zoose à 1,50 M. auszugeben werden sollen; die Ziehung findet am 31. Mai statt. Am 30. Mai wird ein großes Verderennen abgehalten.

Staats- und Volkswirtschaft.

** 4½ proz. Anleihe der Stadt Chemnitz. Auf diese Anleihe, von welcher vor einigen Tagen ein Theilbetrag von 2 Millionen Mark zur öffentlichen Subskription ausgelegt wurde, sind so starke Zeichnungen hergestellt worden, dass dieselben den aufgelegten Betrag dreimal überschreiten. Über den Reduktionsmodus der bewirkten Zeichnungen ist bisher noch nichts festgesetzt worden.

** 4½ proz. Pfandbriefe der Westpreußischen Landschaft. Ende voriger Woche tagte in Danzig der Kreistag des Danziger Landschafts-Departements der Westpreußischen General-Landschaft. Derselbe hat in seiner Majorität sich gegen die angeregte Konvertierung der 4½ prozentigen ritterschaftlichen Pfandbriefe in 4 prozentige ausgesprochen. Wie man vernimmt, ist auch die Danziger Landschafts-Direktion in ihrer Gesamtheit gegen die Konvertierung. Es ist somit wohl nicht zu bezweifeln, dass die Konvertierung unterbleiben wird.

Bermisches.

* Der bekannte jüngst verkorrbene Nationalökonom Henry L. Carey hat dem Dr. Eugen Dühring in Berlin testamentarisch 2000 Dollars in Obligationen der Philadelphia and Reading Coal and Iron Company vermaht.

* Die neuendrungen von der „Post“ und anderen Blättern veröffentlichten Mittheilungen über die Entdeckung merkwürdiger Alterthümer zu Pergamos ist dabin zu vervollständigen, dass die Erwerbung dieser wertvollen Sammlung für das berühmte Museum dem Kaiserlichen Botschafter in Konstantinopel zu verdanken ist. Der Gewandtheit und Vorsicht des Grafen Hasfeldt gelang es, nach langwierigen Verhandlungen zum Ziele zu kommen.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

* Ein willkommener Gast, der bei seinem jedesmaligen Erscheinen stets besser und vollkommener geworden ist, wiederum eingetroffen. Wir meinen Paul Moser's Notizkalender als Schreibunterlage für das nächste Jahr (Verlag des Berliner Lithogr. Instituts in Berlin W., Potsdamerstr. 110; Preis: 2 Mark). Wir müssen der Verlagshandlung für die in jeder Beziehung elegante, praktische und bequeme Einrichtung des Buches, welches auch in diesem Jahrgang vielfach vermehrt und verbessert auftritt, unsere volle Anerkennung zollen und sind überzeugt, dass der Kalender sich wiederum viele neue Freunde erwerben wird. Der Kalender in groß Folio-Format enthält auf 72 Seiten guten linierten Schreibpapier, welches mit weißem Löschpapier durchschossen ist, Raum für die Notizen auf alle Tage des Jahres, ferner einen von tüchtigen Fachmännern bearbeiteten Anhang (auf 42 Seiten) mit einer Fülle des Brauchbaren für das tägliche Leben, und eine recht gute Karte vom Deutschen Reiche. Für jeden Schreibtisch eine Nothwendigkeit und für den Weihnachtstisch eine Riede.

* Friedrich Bodenstedt's neuem Liederstrauß: Aus dem Nachlass des Mirza Schaffy, scheint sich die Kunst des Publikums in demselben Maße zuwenden zu wollen, wie den ersten Liedern des Mirza Schaffy, denn schon liegt die zehnte Ausgabe in eigenartig geschmacvoller Ausstattung als Miniatur-Ausgabe vor uns. Dieses feinmündige Buch wird sich als eine gewiss freudig empfangene Weihnachtsgabe empfehlen, denn es ist nicht zu flüchtigem Genuss, sondern zur Begleitung durch das Leben, zu dauernder Erhebung und Ergötzung. (Verlag von A. Hoffmann in Berlin. Preis 6 Mark.)

* Allgemeines Deutsches Handelsgesetzbuch und Allgemeine Deutsche Wechselordnung nebst Einführung und Ergänzungsgesetzen. Erläutert durch die Rechtsprechung des Reichsgerichtsgerichts von J. Basch, Landrichter, Berlin, Verlag von W. Müller. Kartonirt in einem Bande (2 M.)

Wie fast jedes gröbere Gesetz, so haben auch das Handelsgesetzbuch und die Wechselordnung durch die am 1. Oktober 1879 ins Leben getretenen Reichs-Zollgesetze und die in deren Folge erlassenen Ausführungs- und Ergänzungsgesetze manigfache Veränderungen erfahren. Dieselben sind in der vorliegenden Ausgabe bei den betreffenden Bestimmungen erkennbar gemacht. Die Gelese über die Wechselstempelsteuer, den Muster- und Markenschutz, die vertragsmäßigen Zinsen etc. haben in der jetzt geltenden Fassung Aufnahme gefunden, und die wichtigsten Entscheidungen des Reichsgerichtsgerichts sind gehörig Ortes eingeschaltet.

* Thiel's: Kleines landwirtschaftliches Lexikon. Die Verlagsbuchhandlung von Fr. Thiel in Leipzig, welche bekanntlich ein umfangreiches, mit vielen Illustrationen ausgestattetes landwirtschaftliches Lexikon herausgibt, das sich den ungetheilten Beifall aller Fachmänner errungen hat, beginnt nun auch ein kleines landwirtschaftliches Lexikon herauszugeben, das wir als eine zeitgemäße literarische Erscheinung begrüßen. Es ist dies kleine landwirtschaftliche Lexikon für den weniger bemittelten, aber streb samen Kleingrundbesitzer berechnet, für den das große wegen des Preises (72 Mark) nicht leicht erschwinglich ist, und wird ihm, denn sind wir überzeugt, sehr ersparliche Dienste leisten. Das Werk ist, wie sich wohl von selbst versteht, eine Verkürzung des großen Lexikons, das von den Koryphäen unserer landwirtschaftlichen und staatsökonomischen Schriftsteller bearbeitet wurde. Deshalb glauben wir, dass dieser Hinweis auf das zeitgemäße literarische Unternehmen genügen wird, um ihm recht viele Freunde zu verschaffen. Das ganze Werk wird in 20 Lieferungen (à 80 Pf.) erscheinen, und wird dem gebildeten Landwirthe eine Bibliothek ersezten.

* Der neue Zolltarif für das deutsche Reich nebst Zolltarifgesetz, sowie der vom 1. Juli 1879 an gültige deutsche Wechselstempeltarif erischen soeben im Verlage von Sam. Lucas in Elberfeld und ist von da, sowie durch jede Buchhandlung zum Preise von 40 Pf. zu beziehen. Das allgemeine Interesse, welches der Zolltarif in Anspruch nimmt, und die Aufmerksamkeit, mit welcher Fabrikanten, Kaufleute, Spediteure, sowie Industrielle aller Geschäftsinweise schon den Berathungen derselben folgen, lässt es uns als eine Nothwendigkeit erscheinen, die Leser unseres Blattes auf obige, unseres Wissens zuerst erschienene, korrekte und wohlfelde Ausgabe aufmerksam zu machen. Der ebenfalls darin enthaltene, vom 1. Juli a. c. an gültige neue deutsche Wechselstempeltarif ist als besonderer Vorzug genannter Ausgabe anerkennend hervorzuheben.

* Monatsschrift für deutsche Beamte, Organ des preuß. Beamten-Vereins, gedruckt vom Geh. Rath Jacobi in Siegnis. Preis pro Semester - 6 Hefte - 3 M. Grünberg i. Schl. bei Friedr. Weiß's Nachfolger. In wohlwollender Anerkennung der für den ganzen deutschen Beamtenstand höchst wichtigen Bestrebungen dieser Zeitschrift ist neuordnet durch eine Verfügung der Königlichen Regierung in Posen angeordnet worden, die „Monatsschrift für deutsche Beamte“ für alle Kreislehrerbibliotheken anzuschaffen, resp. auf diese Zeitschrift dauernd zu abonniren. Ahnliche Anordnungen von hohen und niederen Behörden sind dem Blatte schon wiederholt zu Theil geworden.

* Das neue Heft des von uns schon wiederholt empfohlenen Familienblattes die „Illustrirte Welt“ (Verlag von Eduard Hallberger in Stuttgart) enthält: Der Bernsteinfischer. Roman von Rosenthal-Bonin. (Fort.) — Die Bürger von Paris. Roman nach Adolphe Belot von Emilie Bacano. (Fort.) — An Bord eines transatlantischen Dampfers. (M. Ill.) — Ein Aprilscherz. Novelle von Lambert Heitz. — Nach dem Ball. (M. Ill.) — Dächselfkopf. (M. Ill.) — Aus dem Reich der Wohlgerüche. Von P. F. — Wasserrosen. (M. Ill.) — Die Haubenne. Stütze von Aglaia v. Ennores. — Die Lieblingsblume. (M. Ill.) — Schildkröten aus Java. (M. Ill.) — Marinelinden vom Lande. (M. Ill.) — Immortellen. (M. Ill.) — Die kleine Marie. (M. Ill.) — Gedenkfeier des achtzehnhundertsten Jahrestags der Zerstörung Pompeji. (M. Ill.) — Thomas Alva Edison, Erfinder der Phonographie. (M. Portr.) — Illustrirte Sprichwörter. Nach Skizzen von G. Christ. — Aus Natur und Leben. — Interessante Bücher. — Sinsprüche. — Aus allen Gebieten: Hauswirthschaft; Gewerbliches; Gärtnerei; Haus und Hof; Erfindungen. — Rezepte. — Humoristische Blätter. — Bilderrätsel. — Röhrspringe etc.

* Sekundenbilder. (Sekundenbilder Chronik von Ernst Dohm. Zweite Auflage. (Breslau, S. Schottlaender, 1880). Was sich in eines Jahres schnell entzündeter Epoche begeben, was der Tag dem Tag erzählt und was die Woche, die scheidende, kleine Buch halbgeschlossen Dir zu führen — Legt dies beschiedne, kleine Buch halbgeschlossen Dir zu führen — aber geistvoll und unterhaltend zugleich, und gewürzt mit jenem bald ernsten, bald humorvollen Sarkasmus, wie er Ernst Dohm, dem berühmten Gelehrten des Kladderadatsch, so meisterlich zu Gebote steht. Die „Sekundenbilder“ mögen nur die Aufgabe haben, flüchtige Ereignisse einen Moment noch fest zu halten, zusammengefasst sind sie dennoch eine Zeitgeschichte in geschmacvoller Manier, die Manches lehrt, was man in keinem anderen Geschichtsbuche findet. Sie halten die Stimmung fest, in der wir die Ereignisse sich haben vollziehen sehen, und gerade durch diese ist es, dass wir jene Vorkommnisse, die nach und nach zur Geschichte werden, am besten vertheilen lernen. Darin erkennen wir den entschiedenen Werth der „Sekundenbilder“ und freuen uns, dass die nothwendig gewordene zweite Auflage ihre wohlverdiente Verbreitung verbürgt.

* Wie kommt man zu seinem Gelde ohne Rechtsanwalt. Unter dieser Überschrift ist im Verlage von Beuckert und Radetzky in Berlin, Alte Jakobstraße 86, eine kleine Schrift erschienen, welche den zweiten Titel trägt: „Das neue Gerichtsverfahren von Dr. jur. R. Menz, Preis 25 Pf.“ In dieser kurz und verständlich gehaltenen Schrift wird in 20 Paragraphen klar beschrieben, wie und auf welche Weise man nach dem 1. Oktober seine Klagen einzurichten, welche Mittel und Wege zu Gebote stehen, seine Schuldner zur Zahlung zu zwingen und auf welche Gegenstände ein Executionsrecht dem Gläubiger zusteht. Der ungemein billige Preis macht es jedem möglich, dieses kleine Buch zu kaufen und sein Inhalt ist, bei der noch herrschenden allgemeinen Unkenntnis der neuen Gerichtsbarkeit, von großem Nutzen, um auf die schnellste und wohlfelste Art zu seinem Gelde zu kommen.

Verantwortlicher Redakteur: W. Bauer in Posen.
Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Anträge übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Tafelglas in allen Sorten empfiehlt M. Nowicki & Grünastel, Jesuitenstraße 5. Tafelglas-Handlung, Glaserie und Bilderrahmen-Fabrik. Spezialität für Bildereinrahmung.

Spielwerke und Weihnachten.

Untertrennlich, warum? hören wir den Leser fragen, weil man die weltberühmten Spielwerke des Herrn J. G. Heller in Bern alljährlich um diese Zeit ankündigt, und dann auf Tausenden von Weihnachtstischen als Glanzpunkt die kostbarsten Sachen überstrahlt, findet; es ist dieses auch ganz natürlich, da Herr Heller dieselben in einer Vollkommenheit erzeugt, dass jeder, der je eines seiner Werke gehört, von dem Wunsche beeilt wird, ebenfalls eines zu besitzen. Was kann der Gatte der Gattin, der Bräutigam der Braut, der Freund dem Freunde Schöneres und Willkommneres schenken? es vergegenwärtigt glücklich verlebte Stunden, ist allemal munter, lacht und scherzt durch seine bald heiteren, erhebt Herz und Gemüth durch seine ernsten, verscheucht Traurigkeit und Melancholie, ist der beste Gesellschafter, der Einkommen treuester Freund, und nun gar den Leidenden, den Kranken, den an das Haus Gefesselten! — mit einem Worte ein Heller'sches Spielwerk darf und soll in keinem Salon, an keinem Krankenbett, überhaupt in keinem guten Hause fehlen.

Für die Herren Wirths gibt es keine einfachere und sicherere Anziehungskraft als joch' ein Werk, um die Gäste dauernd zu ziehen; die gemachte Ausgabe hat dieselben, wie uns von mehreren Seiten bestätigt wird, nicht nur nicht gereut, sondern sie veranlaßt, größere Werke anzuschaffen, nachdem sie die ersten mit Nutzen weiter gegeben, darum jenen Herren Wirths, die noch nicht im Besitz eines Spielwerkes sind, nicht warm genug anempfohlen werden kann, sich dieser so sicher erweisenden Zugriff ohne Zögern zu bedienen, um so mehr, da bei größeren Beträgen nicht alles auf einmal bezahlt werden muss.

Wir bemerken noch, dass die Wahl der einzelnen Stücke eine fein durchdachte ist, die neuesten, sowie die beliebtesten ältern Opern, Operetten, Tänze und Lieder finden sich in den Heller'schen Werken auf das Schönste vereinigt. Herr Heller hat die Ehre, Lieferant verschiedener Höfe und Hoheiten zu sein, ist überdies auf den Ausstellungen preisgekrönt. Kurz, wir können für unsere Leser und Leserinnen keinen aufrichtigeren Wunsch aussprechen, als sich recht bald ein Heller'sches Spielwerk kaufen, reichhaltige illustrierte Preislisten werden franco zugesandt.

Wir empfehlen Jedermann auch bei einer kleinen Spielfabrik, sich direkt an die Fabrik zu wenden, da vielerorts Werke für Heller'sche angepriesen werden, die es nicht sind; jedes seiner Werke und Dosen muss seinen vollen gedruckten Namen tragen, wenn es ächt sein soll. Wer je nach Bern kommt, verfüne nicht, die Fabrik zu besichtigen, was bereitwillig gestattet wird.

Bekanntmachung.

Das in letzter Zeit vielfach vorgenommene Besetzen der Wallstraße zwischen Berliner Thor und Magazinstraße mit Lastfuhrwerk, meistens mit Ziegelmägen, veranlaßt die unterzeichnete Kommandantur das Fuhrwerk haltende Publikum darauf aufmerksam zu machen, daß diese Straßenstreite dem öffentlichen Verkehr nur für Fußgänger, Reiter, Kutschchen, Droschen und unbeladenes Privat-Fuhrwerk freigegeben, das Besetzen derselben mit Lastwagen ohne besondere diesseitige Genehmigung aber nicht erlaubt ist.

Posen, den 22. November 1879.

Königliche Kommandantur.

Konkursverfahren.

Über das Vermögen des Kaufmanns Louis Levy zu Schneidemühl wird heute am 24. Nov. 1879, Nachmittags 4 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Der Rentier Wichert zu Schneidemühl wird zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 24. Januar 1880 bei dem Gerichte anzumelden.

Es wird zur Beschlusssitzung über die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und entretenden Fällen über die in § 120 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände — auf den

18. Dezember 1879,

Vormittags 11 Uhr, — und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf den

5. März 1880,

Vormittags 10 Uhr, vor dem unterzeichneten Gerichte, Neuer Markt 107, Zimmer Nr. 1, Termin anberaumt.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldnern zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Beute der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 24. Januar 1880 Anzeige zu machen.

Königl. Amtsgericht zu Schneidemühl.

Zur Beglaubigung
Fleczorek, Gerichtsschreiber.

Die biesige Polizeidienststelle mit 450 M. Gehalt jährlich und freier Wohnung wird am 1. Januar 1880 neu besetzt.

Qualifizierte Bewerber, beider Sprachen mächtig, mögen sich bei Vorlegung der Zeugnisse bis Ende dieses Monats melden.

Civilversorgungsberechtigte werden bevorzugt.

Posen, am 20. November 1879.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Für die biesige Anstalt wird zum 1. Januar 1880

eine Nöchin

gesucht gegen 21 M. Monatslohn neben vollständig freier Station, Wohnung incl. Heizung und Beleuchtung und Wäsche.

Auch einige

Wärterinnen

können noch daselbst bald in den Dienst genommen werden.

Eignete Bewerberinnen in mittleren Jahren, welche lesen und schreiben können und der polnischen Sprache mächtig sind, werden aufgefordert, unter Mitbringung ihrer Attesten hier persönlich sich zu melden bei der

**Direktion
der Provinzial-Irren-
Anstalt zu Owińsk.**

Auktion.

Am Freitag, den 28. November er., von Vormittags 10 Uhr ab, werden auf dem Kämmereihof an der Mariwallstraße verschiedene Hölder, altes Eisen pp. sowie Stühle, Schemel, Spiegel und Bänke aus dem alten Stadttheater meistbietend gegen gleich baare Zahlung versteigert werden.

Posen, den 24. November 1879.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Donnerstag, den 27. d. M., Vormittags 10 Uhr, werde ich auf dem Propstei-Grundstück in Skorzewo 5 einjähr. Kälber öffentlich meistbietend gegen sofortige Zahlung versteigern.

Bernau, Gerichtsvollzieher.

Auktion.

Heute Mittwoch, von 9½ Uhr u. Nachmittag von 3 Uhr ab, werde ich Wilhelmsplatz 18 den Restbestand von Möbel, Teppiche, Kleiderstücke, Webeleinen, Tischdecken, 20 Dutzend Taschentücher, Schuhe und Stiefel, Gardinen, 3 Dutzend seid. Schirme gegen baare Zahlung versteigern.

Kat., Auktionskomm.

Konkursverfahren.

Über das Vermögen des Kaufmanns Louis Levy zu Schneidemühl wird heute am 24. Nov. 1879, Nachmittags 4 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Der Rentier Wichert zu Schneidemühl wird zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 24. Januar 1880 bei dem Gerichte anzumelden.

Es wird zur Beschlusssitzung über die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und entretenden Fällen über die in § 120 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände — auf den

18. Dezember 1879,

Vormittags 11 Uhr, — und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf den

5. März 1880,

Vormittags 10 Uhr, vor dem unterzeichneten Gerichte, Neuer Markt 107, Zimmer Nr. 1, Termin anberaumt.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldnern zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Beute der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 24. Januar 1880 Anzeige zu machen.

Königl. Amtsgericht zu Schneidemühl.

Zur Beglaubigung

Fleczorek, Gerichtsschreiber.

Die biesige Polizeidienststelle mit 450 M. Gehalt jährlich und freier Wohnung wird am 1. Januar 1880 neu besetzt.

Qualifizierte Bewerber, beider Sprachen mächtig, mögen sich bei Vorlegung der Zeugnisse bis Ende dieses Monats melden.

Civilversorgungsberechtigte werden bevorzugt.

Posen, am 20. November 1879.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Für die biesige Anstalt wird zum 1. Januar 1880

eine Nöchin

gesucht gegen 21 M. Monatslohn neben vollständig freier Station, Wohnung incl. Heizung und Beleuchtung und Wäsche.

Auch einige

Wärterinnen

können noch daselbst bald in den Dienst genommen werden.

Eignete Bewerberinnen in mittleren Jahren, welche lesen und schreiben können und der polnischen Sprache mächtig sind, werden aufgefordert, unter Mitbringung ihrer Attesten hier persönlich sich zu melden bei der

**Direktion
der Provinzial-Irren-
Anstalt zu Owińsk.**

Auktion.

Am Freitag, den 28. November er., von Vormittags 10 Uhr ab, werden auf dem Kämmereihof an der Mariwallstraße verschiedene Hölder, altes Eisen pp. sowie Stühle, Schemel, Spiegel und Bänke aus dem alten Stadttheater meistbietend gegen gleich baare Zahlung versteigert werden.

Posen, den 24. November 1879.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Für die biesige Anstalt wird zum 1. Januar 1880

eine Nöchin

gesucht gegen 21 M. Monatslohn neben vollständig freier Station, Wohnung incl. Heizung und Beleuchtung und Wäsche.

Auch einige

Wärterinnen

können noch daselbst bald in den Dienst genommen werden.

Eignete Bewerberinnen in mittleren Jahren, welche lesen und schreiben können und der polnischen Sprache mächtig sind, werden aufgefordert, unter Mitbringung ihrer Attesten hier persönlich sich zu melden bei der

**Direktion
der Provinzial-Irren-
Anstalt zu Owińsk.**

Auktion.

Am Freitag, den 28. November er., von Vormittags 10 Uhr ab, werden auf dem Kämmereihof an der Mariwallstraße verschiedene Hölder, altes Eisen pp. sowie Stühle, Schemel, Spiegel und Bänke aus dem alten Stadttheater meistbietend gegen gleich baare Zahlung versteigert werden.

Posen, den 24. November 1879.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Für die biesige Anstalt wird zum 1. Januar 1880

eine Nöchin

gesucht gegen 21 M. Monatslohn neben vollständig freier Station, Wohnung incl. Heizung und Beleuchtung und Wäsche.

Auch einige

Wärterinnen

können noch daselbst bald in den Dienst genommen werden.

Eignete Bewerberinnen in mittleren Jahren, welche lesen und schreiben können und der polnischen Sprache mächtig sind, werden aufgefordert, unter Mitbringung ihrer Attesten hier persönlich sich zu melden bei der

**Direktion
der Provinzial-Irren-
Anstalt zu Owińsk.**

Auktion.

Am Freitag, den 28. November er., von Vormittags 10 Uhr ab, werden auf dem Kämmereihof an der Mariwallstraße verschiedene Hölder, altes Eisen pp. sowie Stühle, Schemel, Spiegel und Bänke aus dem alten Stadttheater meistbietend gegen gleich baare Zahlung versteigert werden.

Posen, den 24. November 1879.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Für die biesige Anstalt wird zum 1. Januar 1880

eine Nöchin

gesucht gegen 21 M. Monatslohn neben vollständig freier Station, Wohnung incl. Heizung und Beleuchtung und Wäsche.

Auch einige

Wärterinnen

können noch daselbst bald in den Dienst genommen werden.

Eignete Bewerberinnen in mittleren Jahren, welche lesen und schreiben können und der polnischen Sprache mächtig sind, werden aufgefordert, unter Mitbringung ihrer Attesten hier persönlich sich zu melden bei der

**Direktion
der Provinzial-Irren-
Anstalt zu Owińsk.**

Auktion.

Am Freitag, den 28. November er., von Vormittags 10 Uhr ab, werden auf dem Kämmereihof an der Mariwallstraße verschiedene Hölder, altes Eisen pp. sowie Stühle, Schemel, Spiegel und Bänke aus dem alten Stadttheater meistbietend gegen gleich baare Zahlung versteigert werden.

Posen, den 24. November 1879.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Für die biesige Anstalt wird zum 1. Januar 1880

eine Nöchin

gesucht gegen 21 M. Monatslohn neben vollständig freier Station, Wohnung incl. Heizung und Beleuchtung und Wäsche.

Auch einige

Wärterinnen

können noch daselbst bald in den Dienst genommen werden.

Eignete Bewerberinnen in mittleren Jahren, welche lesen und schreiben können und der polnischen Sprache mächtig sind, werden aufgefordert, unter Mitbringung ihrer Attesten hier persönlich sich zu melden bei der

**Direktion
der Provinzial-Irren-
Anstalt zu Owińsk.**

Auktion.

Am Freitag, den 28. November er., von Vormittags 10 Uhr ab, werden auf dem Kämmereihof an der Mariwallstraße verschiedene Hölder, altes Eisen pp. sowie Stühle, Schemel, Spiegel und Bänke aus dem alten Stadttheater meistbietend gegen gleich baare Zahlung versteigert werden.

Posen, den 24. November 1879.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Für die biesige Anstalt wird zum 1. Januar 1880

eine Nöchin

gesucht gegen 21 M. Monatslohn neben vollständig freier Station, Wohnung incl. Heizung und Beleuchtung und Wäsche.

Auch einige

Wärterinnen

können noch daselbst bald in den Dienst genommen werden.

Eignete Bewerberinnen in mittleren Jahren, welche lesen und schreiben können und der polnischen Sprache mächtig sind, werden aufgefordert, unter Mitbringung ihrer Attesten hier persönlich sich zu melden bei der

**Direktion
der Provinzial-Irren-
Anstalt zu Owińsk.**

Auktion.

Am Freitag, den 28. November er., von Vormittags 10 Uhr ab, werden auf dem Kämmereihof an der Mariwallstraße verschiedene Hölder, altes Eisen pp. sowie Stühle, Schemel, Spiegel und Bänke aus dem alten Stadttheater meistbietend gegen gleich baare Zahlung versteigert werden.</

Die bei Eduard Hallberger in Stuttgart erscheinende und durch jede Buchhandlung und durch jedes Postamt zu beziehende

Deutsche Romanbibliothek

Preis für drei Monate nur zwei Mark

Eduard Tovar's Weihnachts-Ausstellung ist geöffnet.

Nachdem diese nun vollständig mit allen neuen und schönen Gegenständen assortirt ist, mache ich das geehrte Publikum von Posen und Umgegend hierauf ergebenst aufmerksam. Wie bekannt ist es von jeher mein Prinzip gewesen, alle Waren meiner Branche nur in **Prima-Qualität** zu führen. Demungeachtet ist es mir durch große Bestellungen gelungen, bei sämtlichen Artikeln erhebliche Preismäßigungen durchzuführen, an welchen Vortheilen ich meine geehrten Gönner stets partizipiren lasse.

Verzeichniss.
Pariser Bijouterien u. Luxus-Membles, wie auch Fantasie-Artikel aller Art (jede Woche Neuheiten.) Japan- u. Chinawaren (direkter Import) größte Auswahl. Wiener und Offenbacher Lederwaren reich assortirt. Promaden- u. Ballfärcher in allen Mustern und Ideen. — Ruffällig billig. Majolica-Töpfe, Vasen u. Schalen mit und ohne Blumen garniert in der feinsten Ausführung, wie auch einzelne Blumen und Blattpflanzen. Musikwerken, großes Assortiment Neuheiten, Damen- u. Herrenschmuck-Gegenstände in überraschender Auswahl, stets die neuesten Muster, — wie auch eine reizende Kollektion Kinder-Spielzeug.

Waschleder Handschuh, für Damen u. Herren von 75 Pf. pro Paar an.

Streng feste Preise.

Jeder Gegenstand ist mit dem Verkaufs-Preise versehen.
Neu! Parfumir-Apparat. **Neu!**

Eduard Tovar,

Paris.

Posen,

Berliner- und Bismarckstr.-Ecke.

Leipzig.

Schlafröcke sind in größter Auswahl von 15 bis 50 M. vorrätig. Ferner verkaufe ich **zurückgesetzte** Paletots und Anzüge unterm Selbstkostenpreise.

Gleichzeitig empfehle mein Atelier für Herren-Bekleidung, das stets mit den Neuheiten in- und ausländischer Stoffe versehen ist, zur ge- neigten Beachtung.

Magnus Warschauer,
1. Etage, 70. Neustr. - u. Markt-Ecke 70, 1. Etage.

Oberhemden nach Maß gefertigt und französischem und amerikanischen Fason gearbeitet, sowie **unübertrifftan an gutem Sitz** empfiehlt das Spezial-Magazin für Herren-Artikel von

Siegfried Warschauer, Wilhelmsplatz 10.

Pferdedecken

in jedem Fason, sauber gearbeitet, empfiehlt
Siegfried Warschauer, Wilhelmsplatz 10.

Kaiser-Oel,

Baumlichte und Wachsstock, Stearin- und Paraffinlichte empfiehlt

en-gros et en-détail

Breitestraße 13.

J. Schleyer,

Droguen- und Farbenhandlung.

Gas-Motoren für klein- betrieb, sowohl nach eigenem System, welches in fast allen industriellen Ländern patentiert ist und nur durch uns oder unsere autorisierten Vertreter bezogen werden kann, als auch nach System Bischoff mit eigener patentierter Zündvorrichtung, liefern

Buss, Sombart & Co., Magdeburg.



Schleswig-Holsteinische Landes-Industrie-Lotterie zum Besten hülfsbedürftiger Schleswig-Holsteinischer Invaliden und unbemittelten Kranken.

25,000 Lose und 6250 Gewinne.

Ziehung der 2. Klasse am 14. Jan. 1880.

Hauptgewinne der 2. Klasse:

1 Mobilier, Werth 1568 M., 1 Mobilier, Werth 740 M., 2 Piano-forte, Werth à 720 M., 1 Schrank, Werth 380 M., 4 Gewinne: 1 gold. Herren-Ancreuhr, Werth 584 M., 4 Gewinne, 1 gold. Damenuhr, Werth 560 M., 24 Gewinne: 1 Garnitur Kristallgläser, Werth 1008 Mark, 28 Gewinne: 1 Stück Hausschalelein, Werth 1008 Mark, 80 Gewinne: 1 Dsd. G.-A.-Handtücher, Werth 1320 M.

Erneuerungs-Lose à 1,50 M., Kauflose à 2,25 Mark sind zu haben in der **Exped. d. Pos. 3tg.**

Erneuerung bis zum 5. Januar 1880.

Meiner geehrten Kundenschaft mache bekannt, daß ich Cigarren noch zu den früher gehabten Preisen liefern und empfehle:

Havanna-Cigarren, sehr feine à Mille 60, 75, 90—120 M. Unsortierte Havanna à Mille 55 M. Echte Cuba-Cigarren in Originalbast-Paketen zu 250 Stück à Mille 60 Mark.

Manilla-Cigarren à Mille 60 Mark. Havanna-Ausschiff-Cigarren in Originalkisten zu 500 Stück à Mille 39 Mark.

Salon-Cigaretten mit Tabakdeckblatt à Mille 30 Mark. Aroma, Geschmack vorzüglich. 500 Stück sind franco, gegen postfreie Geldsendung.

A. Gonschior, Breslau, Weidenstraße 22.

Druck und Verlag von W. Decker & Co. (E. Köstel) in Posen.

bringt in den ersten drei Monaten des eben begonnenen **achten** Jahrganges folgende vier ausgezeichnete, interessante Romane:

"Fran Venus" von . . . Karl Irenzel,
"Döuninghausen" von . . . Claire v. Glümer,
"Des Kronprinzen Regiment" von Gregor Samarow,
"Der Sohn des Flüchtlings" von M. Reichenbach.

Die Abonnenten der "Deutschen Romanbibliothek" kostet somit jeder dieser Romane von ersten deutschen Schriftstellern nur 50 Pfennig!

Victoria-Restaurant,

Berliner- u. Bismarckstraßen-Ecke.

Offerire:
Culmbacher Bier, 17 fl. 3 M.,
Pilsener (Tafel-Bier), 15 fl. 3 M.
(frei ins Haus).

Täglich Stammfrühstück.

E. Mähl.

Frisch geschossene
Rehe,
Hasen,
Rebhühner
empfiehlt billig
Eduard Feckert jun.

Monogramme

auf gutem engl. Briefpapier
mit Couverts in elegantem
Karton à 50 Pf. bis 1 M. 50 Pf.
zu Geschenken geeignet, empfiehlt
C. W. Kohlschütter.

Ganze Kollektionen mit 1 und
2 Buchstaben sind stets vorrätig.

Die herzogliche Forstverwaltung zu Neugedank bei Oberfalko, sucht ein Quantum ca. 1 Mtr. hohe Weißerlen-(aln. incana) Pflanzen zu kaufen. Gef. Offeren wird erbieten.

Neue Anerkennung

über die vorzügliche Wirkung meines Mittels gegen die Trunksucht. Herr L. V. in E. (Hannover) schreibt: "Ein jeder Mensch freut sich die Familie gerettet zu sehen, wenn der Weg nicht so weit wäre, wünscht in gleicher Eigenschaft oder als Gesellschafterin, Stütze der Hausfrau ic. per 1. Januar fut. Stellung anzunehmen. Prima-Zeugnisse. Off. erbeten Chiffre P. L. Rudolf Moisse, Stettin."

Ein junger
Landwirth,
militärfrei, sucht, gestürzt auf sehr gute Zeugnisse per sofort oder Januar 1880 Stellung als Assistent oder zweiter Beamter.
Gef. Off. S. P. 100, posil. Seitlich b. Guhrau zu richten.

Familien-Nachrichten.

Als Verlobte empfehlen sich:

Nathalie Woyneke,

Blottnif.

Adolph Graf,

Schmiegel.

Durch die Geburt eines munteren Knaben wurden hocherfreut Robert Sturm und Frau, geb. Emma Dobereynska, Posen, den 24. November 1879.

Die hier anwesende Menagerie ist bis auf Weiteres täglich geöffnet. Um zahlreichen Besuch bittet Julius Falk, Menageriebesitzer.

Lang-Goslin.

Herr Brotgeber, was kostet dort

der von Ihnen gerauchte Tabak

petum optimum supra solem.

Ein Plautwagen-Liebhaber.

Auswärtige Familien-Nachrichten.

Verlobt: Fräulein Clementine

Brützam mit Fabrikant Louis

Gilesz. Fr. Marie Morris mit Hrn.

Carl Lohff. Fr. Marie Scheel mit

Pratt. Arzt Dr. Paul Henne in

Freienwalde a. O. Fr. Hannchen

Wichenborn mit Kaufmann Th.

Martin in Carlshof — Tarnowitz.

Fr. Elsriede v. d. Decken mit Hrn.

Rittergutsbesitzer August v. Rheden

in Büchberg — Rheden bei Gronau

a. Leine.

Berehelyt: Hrn. Carl Günther

mit Fr. Clara Schüler. Städtebau-

meister Arnold Hulisch mit Fr.

Jenny Eisenstadt in Königsberg in

Pr. Dr. Ernst v. Reiche-Rosibitz

mit Fr. Sophie Gräfin zu Dohna.

Prem. Lieutenant Macken mit

Fr. Doris von Horn in Königs-

berg i. Pr.

Geboren: Ein Sohn: Hrn.

Rechtsanwalt Dr. Salomon. Hrn.

Jacob Simon. Hrn. Hugo Schoepf

Dr. Otto Rommel in Stuttgart.

Pastor Bindemann in Nord-

hausen. — Eine Tochter: Kon-

ditor Julius Boe. Hrn. S. Char-

mad. Hrn. Gustav Naphus. Hrn.

Richard Schumacher. Hrn. Hein-

rich Wedemeyer in Genthin. Hotel-

bewohner Daum in Breslau.

Zur Anfertigung
künstl. Haararbeiten,
als passendes
Weihnachts-Geschenk,
empfiehlt in den neuesten
Mustern: Kaiser Wilhelm-,
Kaiserin Augusta-, Pascha-,
französische Bismarck-,
Bischof-, u. Victoriaketten,
Armbänder, Brosches,
Ohrgehänge, Haarblumen
zu den billigsten Preisen.
Goldbeschläge unter Gar-
antie bei

C. Becker,
St. Martin 63.

Konzert

des
Hennig'schen Gesangvereins
Donnerstag den 4. Dezember,
Abends 7½ Uhr:

Faust

von Robert Schumann
für Soli, Chor und Orchester.
Faust: Königl. Kammeränger
Herr Paul Bulz aus Dresden.
Num. Sitzplätze à 2,50 u. Stuh-
plätze à 1,50 sind nur in der Hof-
Musikhandlung von Hote & Hoh
zu haben.

Stadttheater.

Mittwoch, d. 26. November 1879:
16. Vorstellung im 2. Abonnement:

(Neu!) (Neu!)

Im ersten Male.

Starke Mittel.

Schwank in 4 Akten v. J. Rosen.

Donnerstag, d. 27. November 1879:

17. Vorstellung im 2. Abonnement:

Fortunio's Lied.

Komische Operette in 1 Akt
von H. Czemeux u. L. Halewy.

Dir wie mir.

Schwank in 1 Akt von Roger.

Frikchen u. Lieschen.

Operette in 1 Akt von Offenbach.

Die Direktion.

B. Heilbronn's

Volksgarten-Theater.

Mittwoch, den 26. November cr.:

Ohne Tabakrauch.

Die Hugenotten.

Dram. Gemälde in 2 Abteilungen

und 5 Akten.

Die Direktion.

B. Heilbronn.